



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

16. Jahrgang / Nr. 288 Berlin, Dienstag, 17. Oktober 1961 Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Grußschreiben des ZK der SED an den XXII. Parteitag der KPdSU

Das neue Programm der KPdSU das Kommunistische Manifest des zwanzigsten Jahrhunderts

An den
XXII. Parteitag
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Moskau

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sendet dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion brüderliche Kampfgrüße.

Unsere Partei, die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, Wissenschaftler und Künstler, alle in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Patrioten der Deutschen Demokratischen Republik gratulieren den sowjetischen Genossen zu den großartigen Leistungen, die das Sowjetvolk unter Führung seiner Partei, der Partei Lenins, vollbracht hat. Sie sind es, die die ersten Schritte der ersten Kommunisten, denen weitere folgen werden; sei es die riesige Entwicklung der sozialistischen Industrie, die immer gesteigert wird; sei es die ständige Erhöhung der Produktion in der Landwirtschaft und in der Viehzucht; seien es die grandiosen sozialen Einrichtungen, die weiter ausgebaut werden. Wir begrüßen Sie zu ihren hervorragenden Dokumenten einer neuen, einer sozialistischen Kultur, zu Ihren neuen Werken der Literatur, Ihren neuen Filmen, Musikwerken, architektonischen Bauten, die uns das Antlitz des Menschen zeigen, der von Ausbeutung befreit, die Befreiung der Menschheit eingeleitet hat.

Vor allem durch Ihre Taten ist der Welt offenbar geworden: Das Kräfteverhältnis hat sich geändert. Der Imperialismus hat die Macht über den größten Teil der Menschheit unwiderruflich verloren, das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, bestimmen den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der Menschheit. Mächtig ist der Ruf nach Frieden, den der Sozialismus ausstößt. Auch bei Millionen Menschen der nichtsozialistischen Länder, besonders bei denen, die um ihre Befreiung von kolonialen Joch kämpfen, setzt sich das Bewußtsein durch, daß die Zukunft dem Kommunismus gehört und der Frieden stärker ist als der Krieg.

Seit 1903, dem Jahre des historischen Parteitages der russischen Kommunisten, auf dem das erste Parteiprogramm zum Sturz des Zaren und der Ordnung der Kapitalisten und Gutsbesitzer in Rußland angenommen wurde, erringt die Kommunistische Partei der Sowjetunion vor den Augen der Welt einen Sieg nach dem anderen und zeigt so der internationalen Arbeiterklasse den Weg der Beseitigung aller Formen der Ausbeutung, Unterdrückung und Kriegsgefahr, zur Errichtung einer Gesellschaft, in der Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit und Glück ewige Errungenschaften sind.

Der XXII. Parteitag der KPdSU wird ein neues Programm beschließen: den Weg in den Kommunismus. Der Entwurf des Programms zeigt bereits die phantastische Perspektive der nächsten 20 Jahre, die das Sowjetvolk auf wissenschaftlich begründetem Wege der Menschheit erschließen wird. Die Beschlüsse des XXII. Parteitages werden erneut bestätigen, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion die erfahrenste und gestärkste Kolonne der internationalen Arbeiterbewegung ist, die schöpferisch die marxistisch-leninistische Theorie und Praxis weiterentwickelt und unermüdlich allen vorschreitet.

Der Entwurf des Programms zum Aufbau des Kommunismus ist bei uns in breiten Kreise der Genossen und der Bevölkerung mit freudiger Erregung diskutiert worden, beleuchtet er doch auch unsere Zukunft, die Zukunft des deutschen Volkes. Ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus und die Hilfe, die Sie uns stets erwiesen, machen es uns leichter, das sozialistische Aufbauwerk in der Deutschen Demokratischen Republik ungeachtet aller Schwierigkeiten stetig zu vollenden und zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung überzugehen. Wir deutschen Kommunisten sind stolz darauf, daß wir unser Jahrhundert in brüderlicher Verbundenheit mit Ihnen, der KPdSU und dem Sowjetvolk, als Mitglied der großen Gemeinschaft sozialistischer Nationen beschließen. Und so soll es bleiben.

Der Frieden und der Sozialismus setzen sich in einer unhaltenden Auseinandersetzung mit den Kräften des Krieges und der imperialistischen Reaktion durch, zu denen in Europa vor allem die westdeutschen Ultrarighten gehören, die als Satelliten der amerikanischen Imperialisten wirken. Die Arbeiterklasse und alle anderen

Werkstätten unseres Landes haben, unterstützt von der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrages, am 13. August 1961 die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem Brandherd Westberlin gesichert und so den Plänen der westdeutschen und ausländischen Imperialisten, von Westberlin aus die Deutsche Demokratische Republik zu schädigen und einen Annexionskrieg vom Zaun zu brechen, einen Riegel vorgeschoben. Dieser erfolgreiche große Schlag des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates gegen die westdeutschen Revanchisten und Militaristen hat unsere Werkstätten mit Entschlossenheit und neuer Kraft erfüllt. Am 17. September legte die ganze Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Wahl der Kandidaten der Nationalen Front ein einstimmiges Bekenntnis zur Friedenspolitik ab. Unsere Bevölkerung unterstützt die Maßnahmen der Sowjetregierung zur Erhöhung der Sicherheit des sozialistischen Lagers wie die Wiederaufnahme der Kernwaffenverträge als unerläßliche und notwendige Schritte zur Festigung des Friedens, als eine Möglichkeit, Verbliebenen die Augen zu öffnen und Kriegswilderei zu warnen.

Das Vertrauen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik in ihre eigene Kraft und zu ihren Freunden ist gewachsen. Sie stärken ihren Staat politisch, ökonomisch und militärisch. In einem Produktionsaufbau werden große Anstrengungen unternommen, die Volkswirtschaft gegenüber allen Störversuchen der Imperialisten zu sichern, dem bevorstehenden Abschluß des deutschen Friedensvertrages die ökonomische Grundlage zu gewährleisten und die Voraussetzungen für die Erfüllung der im Siebenjahresplan gestellten Aufgaben zu schaffen. Dabei stützen sie sich auf die enge Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des sozialistischen Lagers, die auf unserer unverbrüchlichen Freundschaft basiert.

Diese Freundschaft ist das Wertvollste, was wir besitzen. Sie ermöglicht, unseren Kampf gegen die Verderber Deutschlands, die deutschen Militaristen, stetig zu bestehen. Sie stärkt uns, wenn wir den endlichen Abschluß eines deutschen Friedensvertrages fordern, der die von Westdeutschland und Westberlin ausgehende Kriegsgefahr bannet. Diese Freundschaft

empfinden unsere Werktätigen, wenn sie zum Wohle der Republik mehr und besser arbeiten; sie verkörpert sich in den deutschen Arbeitern und Bauern, die in den Uniformen der Volkspolizei, der Volkspolizei und der Kampfgruppen die Grenzen sichern und bereit sind, Deutschland gegen jene Deutschen zu verteidigen, die, unbehelligt, schon wieder zum Kriege aufrufen. Und eben diese Freundschaft ist es, die unsere Partei als würdige Vertreterin der nationalen Interessen des deutschen Volkes ausweist.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands spricht dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit Genossen Chruschtschow an der Spitze, der Sowjetregierung und dem gesamten Sowjetvolk den herzlichsten Dank für die selbstlose Hilfe und Unterstützung der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik aus. Unvergänglich bleiben die Heldentaten sowjetischer Menschen zur Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus und zur Errichtung der Friedenswirtschaft des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates in der deutschen Geschichte. Wir wünschen dem XXII. Parteitag der KPdSU einen erfolgreichen Verlauf und geben unserer Überzeugung Ausdruck, daß das neue Programm der KPdSU das Kommunistische Manifest des 20. Jahrhunderts sein wird.

Es lebe der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion!

Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion und ihr Leninisches Zentralkomitee mit dem Genossen N. S. Chruschtschow an der Spitze!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den Völkern der Sowjetunion!

Es lebe die feste Einheit und Geschlossenheit der brüderlichen Familie des sozialistischen Lagers und der kommunistischen und Arbeiterparteien in der ganzen Welt!

Es lebe die siegreiche Lehre des Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
W. Ulbricht
Erster Sekretär

HEUTE, IM KREMLIN, 10 UHR:

Der welthistorische Parteitag beginnt

Moskau. Heute um 10 Uhr Moskau Zeit wird im neuerrichteten Kongreßsaal des Kremls der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion feierlich eröffnet. In Moskau sind rund 400 Delegierte, hunderte Beobachter und Delegierten von führenden Parteien und Organisationen fast aller kommunistischen und Arbeiterparteien der Erde – unter ihnen die Delegation des ZK der SED mit Genossen Walter Ulbricht an der Spitze – anwesend. Auf der Tagesordnung dieser Veranstaltung, auf die die ganze Welt blickt, stehen die Beschlüsse des ZK der KPdSU, N. S. Chruschtschows, die Errichtung der Partei des neuen Parteiprogramms, das den Weg zum Sieg der kommunistischen Gesellschaft in der Sowjetunion weist, und die Errichtung des neuen Staats der KPdSU sowie die Wahl der zentralen Parteigänge.

Mehr als neunzig Millionen Sowjetmenschen haben mit ihrer Teilnahme an der Aussprache über den Entwurf des

Von unserem Moskauer Korrespondenten Werner Goldstein

Parteiprogramms die Voraussage der Kommunistischen Partei als real bestätigt, daß die gegenwärtige Generation sich in der kommunistischen Gesellschaft leben wird.

Nach am Montag haben Delegierte des Parteitages auf Versammlungen mit der Bevölkerung Moskaus über das neue Programm der KPdSU gesprochen. Neuer aus allen Teilen des Landes teilen ihre Erfahrungen aus ihren Fachgebieten mit, Jugendliche und Parteimitglieder sprachen zu Schulkindern und auf der Volkswirtschaftsausstellung diskutierten die Parteimitglieder vor den Exponaten der neuesten Technik und Wissenschaft.

Alte Ausdruck des weiteren kulturellen Aufschwungs haben nicht nur fast alle Theorien, neue Stile und Neuentwicklungen unserer Zeit auf dem Programm. Auch die bildenden Künste beweisen mit einer am Montag eröffneten Ausstellung von mehr als dreitausend Kunstwerken ihre Gestaltungskraft bei der Darstellung des neuen Menschen und Erbauers der kommunistischen Gesellschaft.

Delegationen der KPC und VPAP eingetroffen

Moskau (ADN/ND). Die vom Ersten Sekretär des ZK, Antonin Novotný, geleitete Delegation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ist am Montag zur Teilnahme am XXII. Parteitag der KPdSU in Moskau eingetroffen. Sie wurde von Leonid Brezhnev und anderen Mitgliedern des Präsidiums des ZK der KPdSU herzlich begrüßt.

Am gleichen Tage trat die Delegation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei zum XXII. Parteitag der KPdSU, die vom Ersten Sekretär des ZK der VPAP, Wladyslaw Gomulka, geleitet wird, in Moskau ein. Sie wurde auf dem Flughafen von Michail Subow, Mitglied des Präsidiums und Sekretär des ZK der KPdSU, und anderen Persönlichkeiten der Sowjetunion herzlich empfangen.

Im Blickpunkt der Welt

Vor nahezu 30 Jahren schrieb der große Humanist Maxim Gorki, als er nach längerem Aufenthalt in Italien seine Heimat wiedergesehen hatte:

„Von Ost bis zum Meer, und vom Meer bis Leningrad – auf diesem Feld, in diesem riesigen Raum ist jetzt ein neues Volk geboren. Dieses neue Volk, diese große Kraft – das wird ihr, Alles, was gegenwärtig geschaffen wird, wird von euch geschaffen. Euer Ziel ist klar. Auf euch blickt die ganze Welt. Auf euch hört man, von euch lernt man.“

1. Liest man diese Worte am 17. Oktober 1961, so ist es, als seien sie speziell zum XXII. Parteitag der KPdSU geschrieben, der heute um 10 Uhr Moskau Zeit im neuerrichteten Kongreßsaal des Kremls eröffnet wird. Zusammen mit den 400 Delegierten der KPdSU sind hier die Abgesandten „der ganzen Welt“ versammelt. Sie wurden von ihrem Völkern ausgeschiedet, um auf das Wort des „neuen Volkes“ zu hören, das da „vom Ararat bis zum Meer und vom Ost bis Leningrad“ geboren ward, um von diesem Volk zu lernen und von der Partei, die es führt.

Und es ist wie ein Echo auf jene Worte Maxim Gorkis, wenn der bekannte chinesische Maler und Friedenskämpfer Jod Venturini sagt: „Gemeinsam mit allen Völkern richtet gegenwärtig ihre dreihundert Millionen Lateinamerikaner ihre Blicke nach Moskau.“

Warum ist das so? Warum zieht dieser Parteitag die Aufmerksamkeit der Menschen aller Kontinente in seinen Bann? Weil hier über die Zukunft der Menschheit beraten und beschlossen wird. Was in dem Programm festgelegt ist, das der Welt für die Zukunft vorschreibt, wird das unmittelbar, mit Händen greifbare Morgen der sowjetischen Völker; und es ist die Zukunft aller anderen Nationen, eine etwas nähere Zukunft für die einen, eine etwas fernere für die anderen.

Was die kapitalistische Welt betrifft, so wird das begeisternde Beispiel des kommunistischen Aufbaus gesamte Denken in diesen Ländern revolutionieren. Es wird den Kampf der arbeitenden Menschen gegen den Kapitalismus befeuern. Es wird den Einfluss der sozialistischen Welt im Denken dieser Völker unglaublich größer werden lassen und die barbarische Ideologie des Kapitalismus schneller überwinden helfen.

Die Wirklichkeit des Kommunismus wird dem Leben von Millionen Menschen in den kapitalistischen Ländern Sinn und Inhalt geben. Die Kräfte des Fortschritts werden in allen Ländern wachsen und an Einfluss gewinnen. Somit kann die kommunistische Partei der Sowjetunion, die den kommunistischen Aufbau in der Sowjetunion und die internationale Aufgabe des Sowjetvolkes bezieht, im Programm selbst mit Recht feststellen:

„Die Errichtung des grandiosen Programms zur Erhebung des Wohlstandes der Sowjetvölker wird welthistorische Bedeutung haben.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

Kommuniké der 19. Tagung des ZK der KPD

Düsseldorf (ND/ADN). Der Deutsche Volkskongress der KPD vollendete am Montag des nachfolgenden Kommuniké des ZK der KPD.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands trat zu seiner 19. Tagung zusammen. Das Referat über die Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse und der freilebenden Kräfte im Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten hielt der Erste Sekretär des Zentralkomitees, Genosse Max Beilmann.

Die Tagung nahm nach gründlicher Diskussion und regem Erfahrungsaustausch einen Brief des Zentralkomitees an alle Parteimitglieder und einen Aufruf an die Arbeiterklasse und das werktätige Volk der Bundesrepublik an.

Die Tagung ergab Okkar Neumann, Karl Sahrbach und alle anderen Inhalt (Fortsetzung auf Seite 2)

HERZLICH BEGRÜßT wurde auf dem Moskauer Flughafen Wladimir die Delegation des ZK der SED vom Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen L. I. Breschnew (links). Der Delegation gehörten an: Der Erste Sekretär des ZK und Vorsitzende des Ständesrates der DDR, Walter Ulbricht (rechts), die Mitglieder des Politbüros des ZK Friedrich Ebert (Mitte) und Erich Honecker sowie die Kandidaten des Politbüros des ZK Paul Hager, Paul Verner und Paul Fehlich.

Foto: Zentralkomitee



CLAUDETTE HARRIS

A Visit from Gorbachev: Here's a Chance to Show Him Our Best

Exploiting a window of opportunity, Khrushchev glad-handed students at Iowa State in Ames. After tasting a hot dog in Des Moines, Nikita said, "We have beaten you to the moon, but you have beaten us in sausage making!"



At an experimental farm in Maryland, Khrushchev crowed when turkey growers gave him the bird. Later, watching a flashy (and fleshy) dance number on the Hollywood set of *Can-Can*, he judged it immoral: "A person's face is more beautiful than his backside."

AP/WIDE WORLD

Die revisionistische Machtergreifung verlief nicht nur friedlich: Sie war auch eine blutige Konterrevolution

Jugoslawien war das erste Land der Machtübernahme durch Revisionisten

www.kpd-online.info/rmprint/183
ROTTER MORGEN online 9, 2003

Wie die Titoisten Kommunisten in KZs sperrten und folterten

Während des zweiten Weltkriegs kämpften auf dem Boden Jugoslawiens viele Menschen aufopferungsvoll für die Befreiung von den faschistischen deutschen Besatzern, voran die Kommunistinnen und Kommunisten. Letztlich siegten sie. Ein großer Teil der Bevölkerung hoffte nun auf den Aufbau des Sozialismus. Die Gruppe um Tito versprach diesen Aufbau auch und heuchelte Treue zur kommunistischen Weltbewegung sowie zum sozialistischen Lager unter der Führung der Sowjetunion mit Stalin an der Spitze. Doch bald zeigte sich, daß die Titoisten ganz andere Absichten verfolgten.

Unter der Phrase der »Selbstverwaltung« der Betriebe wurde die Erstellung eines verbindlichen, im Interesse der Arbeiterklasse liegenden zentralen Wirtschaftsplans verhindert, und die Preise wurden weitgehend freigegeben. Damit standen die Betriebe, wenngleich staatlich, in Konkurrenz zueinander, und die Betriebsleiter konnten weitgehend schalten und walten, wie sie wollten, da die angebliche demokratische Kontrolle durch die Belegschaften auf dem Papier stehen blieb. Mit der »Selbstverwaltung« wurden sozialistische Ansätze liquidiert, wurde der Aufbau des Sozialismus verhindert. Außenpolitisch begab sich das titoistische Regime auf einen Kurs scharfer Konfrontation zum sozialistischen Lager und nahm enge Beziehungen zu den Imperialisten auf. Im kalten Krieg lieferte es den Imperialisten ideologische Schlagworte für den Kampf gegen den Kommunismus.

Jugoslawien – so verbreiteten die Imperialisten – sei zwar auch sozialistisch, doch es sei eben ein »menschlicher Sozialismus«, ganz im Gegensatz zu den »stalinistischen Diktaturen«. Konsequenterweise verurteilte das Kominform-Büro (Kommunistisches Informationsbüro), welches bestimmte Funktionen der aufgelösten Kommunistischen Internationale übernommen

hatte, den Verrat der Titoisten. Tito nahm dies zum Vorwand für grausame und brutale Repressalien gegen jugoslawische KommunistInnen. Dies ist altbekannt, beispielsweise hat Enver Hoxha darüber geschrieben, doch in der westlichen Presse wurde dies natürlich totgeschwiegen. Am 04.08. dieses Jahres aber beschrieb ein Artikel ausgerechnet der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einige der Terrormethoden der Titoisten ausführlich. Wir halten dies für so bemerkenswert, daß wir diesen Artikel hier in weiten Passagen wiedergeben wollen.

Auf einer kleinen Insel namens Goli Otok (»Kahle Insel«) ließ die titoistische Führung ein KZ für kominformtreue KommunistInnen errichten:

»Die Kommunistenführer in Belgrad – neben Tito vor allem der Serbe Rancovic, der Montenegriner Djilas, der Slowene Kardelj – (die FAZ nennt diese Kommunistenschlächter »Kommunisten«, RM) brauchten einen Ort für ein Lager, in dem sie unauffällig die Leute aus ihrer eigenen Partei konzentrieren konnten, die in dem 1948 ausgebrochenen Zwist zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien, zwischen Stalin und Tito, zu Moskau hielten. (...) Schnell war in zwei Buchten des Goli Otok das Lager aus dem Stein gestampft, der dort der Boden ist – primitive einstöckige Gebäude mit den Zellen für die Gefangenen, die meisten waren Serben und Montenegriner. Für die Geheimpolizisten aber gab es einen hübschen Bürotrakt, dazu eine hotelähnliche Unterkunft, ein Restaurant, ein Strandbad mit Kabinen. Es waren ihrer nicht viele von der Udba, wie die politische Polizei hieß. Denn die Entscheidungen über alle Gefangenen wurden im Innenministerium der »Föderation« in Belgrad gefällt. Der Goli Otok unterstand der Zentralgewalt, als einziges Gefängnis in Jugoslawien. (Mit anderen Worten: Repressalien gegen KommunistInnen waren in Belgrad Chefsache, RM.) Die tagtägliche Behandlung der Häftlinge aber war Häftlingen in die Hand gelegt, nach einem System, das »Selbstverwaltung der Verurteilten« hieß. Dessen Grundlage war die Einteilung der Häftlinge in vier Stände. Der unterste waren die auf dem Goli Otok neu Angekommenen, die »Boykottierten«. Sie galten als Auswurf der Menschheit, doch stand ihnen der Weg zur Umkehr offen. Die ihn eingeschlagen hatten – vor allem damit, daß sie sich selber ständig beschuldigten und beschimpften -, aber noch nicht endgültig umgekehrt erschienen, hießen »Aufgeschobene«; der zweite Stand. Den dritten bildeten die »Mitglieder des Kollektivs«. Sie hatten sich als der Partei ergeben erwiesen.

Die »Aktivisten«, der oberste Stand, galten als unbegrenzt vertrauenswürdig und einsatzbereit. Aus dieser Gruppe kamen die Funktionäre der »Selbstverwaltung« bis hinauf zu deren Leitung. Ein Teil der Aktivisten hatte den Auftrag, systematisch Untersuchungen vor allem gegen »Boykottierte« zu führen. Die beiden oberen Stände waren von der Zwangsarbeit freigestellt und wohnten in besseren Gebäuden. Der Chef der »Verurteilten-Selbstverwaltung« und seine »Referenten« hatten ein eigenes Amtshaus. Waren Verurteilte im Hafen ausgeladen, wurden sie unter einem Schimpfgeheul durch ein hundert Meter langes Spalier aus »Mitgliedern des Kollektivs« geprügelt. Viele blieben im Spalier bewußtlos liegen, manche kamen nicht wieder zu Bewußtsein. Wer das Ende erreichte, war blutüberströmt und hatte nur noch einen Fetzen am Leib. Er wurde dann in eine Organisationseinheit eingereiht, wo »Mitglieder des Kollektivs« ihm ständig behilflich waren, indem sie ihn prügelten und mit erniedrigenden Ausdrücken überschütteten. Er mußte die Latrinen leeren und den höheren Ständen zu Diensten sein. Immer hatte er gebeugt zu gehen und zu stehen; schlafen durfte er nur kurz.



Das Bild zeigt einen Häftling, der zwischen 1949 und 1952 auf Goli inhaftiert war.

Die ›Boykottierten‹ hatten bis zur Erschöpfung in den Steinbrüchen der Insel zu arbeiten. An arbeitsfreien Tagen gab es eine Konferenz, auf der ›Mitglieder des Kollektivs‹ ihre Lebensgeschichte mit allen Windungen lehrhaft vortrugen. Nicht nur auf solchen Versammlungen, auch im Steinbruch, bei der Essensausgabe ließen ›Mitglieder des Kollektivs‹ brüllend den ›Genossen Tito‹ hochleben, den ›Genossen Marko‹ (das war der Innenminister Rancovic), den ›Genossen Djilas‹, das Zentralkomitee. Sie schrien auch ›Nieder mit dem Informbüro, nieder mit Stalin‹. Zweck der Torturen: Die IB-Leute (›Informbüro-Leute«, also KommunistInnen, RM) sollten den Sinn für ihre Würde und Identität verlieren; und sie sollten preisgeben, was sie vielleicht früher, im Untersuchungsverfahren, verschwiegen hatten. Viele der Gefangenen wurden wahnsinnig, manche brachten sich um. Der Goli Otok hat den Kominform-Ismus in Jugoslawien, der ohnehin nie eine formierte Kraft war, vernichtet. (Mit Kominform-Ismus meint die FAZ den Kommunismus, den Marxismus-Leninismus. Daß die KommunistInnen nicht mehr organisiert waren, liegt schlicht daran, daß die titoistischen Antikommunisten die Führung der kommunistischen Partei an sich gerissen hatten, RM.)

Von der Insel gab es kein Entkommen. Ein Erschöpfter konnte nicht kilometerweit zum Festland oder zur benachbarten Insel Rab schwimmen, und aus kleinen runden und geduckten Natursteinbunkern am Steilufer, denen Wind und Wetter durch ein halbes Jahrhundert nichts anhaben konnten, beobachteten Wachen Tag und Nacht die Küste und das Meer, das hier für jeglichen zivilen Verkehr gesperrt war. Von den Tausenden Gefangenen ist höchsten einer Handvoll die Flucht geglückt. So wußte der Westen nur, daß auf dem Goli

Otok Jugoslawien Stalin-Anhänger gefangenhielt. Selbst wenn die Lenker der westlichen Mächte mehr gewußt hätten – unternommen hätten sie sicher nichts. (Natürlich nicht! RM) Eingesperrte Stalinisten in Jugoslawien waren ihnen nichts wert. (Die Imperialisten waren vielmehr froh, daß Tito ihnen diese Arbeit abnahm. RM) Sie schätzten Tito, weil er der Sowjetunion schadete und weil sie in den Irrtum befangen waren, das werde immer so sein. (Das spielt darauf an, daß Tito nach der Beseitigung des Sozialismus in der Sowjetunion auch mit ihr als einer nun ebenfalls imperialistischen Großmacht zu paktieren wußte, wenn es ihm in den Kram paßte. RM)



Nido Erceg: "Gušenje u vodi", tuš. Ovu je kaznu od 1951. prošao svaki novopridošli kažnjenik.

Eine Praxis, die ab 1951 jeder Neuankömmling über sich ergehen lassen mußte.

Das Konzentrationslager auf der ›Kahlen Insel‹ wurde für die jugoslawische Führung um Tito zu einem innenpolitischen Erfolg, dem kein außenpolitischer Schaden gegenüberstand. Besieht man es genau, ist die ›Selbstverwaltung der Verurteilten‹ auf dem Goli Otok das einzige Stück des im Westen einst von vielen gelobten jugoslawischen ›Selbstverwaltungs-Sozialismus‹, das dessen Schöpfern die Erwartungen erfüllte.«

An letzterem zynischen Satz der FAZ ist etwas dran. Wirtschaftlich führte die »Selbstverwaltung« zum Chaos, letztlich zur Katastrophe für das ganze Land. Erfolgreich im Sinne der Titoisten aber war das von ihnen ausgeklügelte System, welches nur solche Häftlinge überleben ließ, die durch Folter und Qualen so entmenscht waren, daß sie systematisch ihre ehemaligen Genossen quälten und folterten – ein System, welches die Tito und Rancovic mit dem ihnen eigenen menschenverachtenden »Humor« »Selbstverwaltung der Gefangenen« nannten.

Ein Wort noch zur Motivation der FAZ bei der Publizierung dieses Artikels. Sicherlich hätte sie ihn auch früher publizieren können, doch da war das nicht opportun. Die Imperialisten – und die Chefs der FAZ gehören in Deutschland zu deren führenden Ideologen – schätzten den Titoismus, weil er den Kommunismus bekämpfte. Ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes

gegen den Kommunismus war es wie gesagt, das titoistische Jugoslawien als humane Form des Sozialismus darzustellen. Heute haben sich die Voraussetzungen für Leute wie die FAZ-Ideologen geändert. Heute gilt es, alles niederzumachen, was sich auch nur sozialistisch nennt oder nannte. Also auch das titoistische Jugoslawien. Und in diesem Zusammenhang halten es solche Herrschaften auch für nützlich, die Wahrheit über Verbrechen der Titoisten zu schreiben – selbst dann, wenn die Opfer dieser Verbrechen KommunistInnen waren.

© Verlag Roter Morgen, Postfach 300204, 44232 Dortmund

<http://www.presseurop.eu/de/content/article/68671-goli-otok-unverdaute-vergangenheit>

Kroatien: Goli Otok, unverdaute Vergangenheit

Unter Tito war sie vierzig Jahre lang eine Strafkolonie. Heute soll die kroatische Insel eine Gedenkstätte beherbergen. Für die ehemaligen Insassen ist der Weg zur Anerkennung ihrer Leiden aber immer noch sehr lang, meint die niederländische Tageszeitung Trouw.

Anke Truijen



Wir schreiben das Jahr 1949, es ist Mitternacht in einer dunklen Zelle in Montenegro, in welcher der 18-jährige Student Dmitar Kastratovics mit auf den Rücken gefesselten Händen sitzt. Er ist der lokale Anführer der Jugendgruppe der kommunistischen Partei und wurde zehn Tage zuvor wegen Besitzes einer illegalen sowjetischen Zeitung verhaftet. "Wer ist schlauer, Tito oder Stalin", fragt ihn der Mann der Geheimpolizei und richtet seine Pistole auf Kastratovics Brust. Dieser antwortet schließlich "Stalin". Zwei Tage später wird er für fast drei Jahre in die Strafkolonie von Goli Otok gesperrt.

Kastratovic ist heute beinahe 80 Jahre alt. Die Erinnerung an diese grauenvolle Zeit zieht sich weiterhin durch seine Albträume. Er erinnert sich daran, wie er stundenlang unter brennender Sonne ohne einen Tropfen Wasser arbeiten musste. "Manchmal gab man uns nur vier Bohnen zu essen, aber wenn sich einer über Hunger beschwerte und die Aufseher dies hörten, wurden alle bestraft. Sie

zwangen uns, stundenlang zu laufen und schlugen uns mit Stöcken, bis wir auf dem Boden zusammenbrachen."

Diese Foltern auf Goli Otok haben ihn schließlich eine Niere gekostet und immer noch leidet er unter grässlichen Kopfschmerzen. Die Bilder seiner Freunde, die sich das Leben nahmen, indem sie von den Felsen sprangen oder die vor Erschöpfung starben, suchen ihn in seinen Träumen heim. Man befahl ihm, die Leichen auf die andere Seite der Insel zu tragen und sie dort mit bloßen Händen zu vergraben.

Goli Otok ("nackte Insel") kann heute besichtigt werden. "Man wird dort aber nicht die gleichen Informationen wie in der Ausstellung in Zagreb finden", erklärt Sacha Zanko, kroatischer Projektleiter des Berlage-Instituts in Rotterdam. Das internationale Institut bildet Architekten und Städtebauer aus. In Zusammenarbeit mit dem Architektenverband in Zagreb und der kroatischen Organisation der ehemaligen Gefangenen Ante Zemljar, hat das niederländische Institut die Idee entwickelt, Goli Otok neu zu gestalten, um daraus eine Gedenkstätte zu machen.

Die Ausstellung in Zagreb zeigt Dokumentarfilme und Fotos, sowie von ehemaligen Häftlingen kreierte Statuen. Sie hoffen, dass eine Gedenkstätte dazu beihelfe, die falsche Auffassung von einem vor seinem Zerfall in den 90er Jahren beispielhaften Jugoslawien richtig zu stellen. "Goli Otok war ein jugoslawischer Gulag, ein Zwangslager, wo Stalinisten und Gegner Titos zur 'Umerziehung' hingeschickt wurden", erklärt Trvtko Jakobina, Historiker an der Universität von Zagreb.

Zu Beginn der 1990er Jahre hat der zum Kroatischen Historischen Institut in Zagreb gehörende Historiker Berislav Jandric versucht, Forschungen über die Aktivitäten der Geheimpolizei unter dem kommunistischen Regime zwischen 1949-1953 anzustellen. "Die kroatischen Behörden haben mir daraufhin verboten, die Namen der Häftlinge zu veröffentlichen, weil sie fürchteten, wegen Menschenrechtsverletzungen gerichtlich verfolgt zu werden."

Die ehemaligen Gefangenen kämpfen seit Jahren ohne viel Erfolg für ihre Rehabilitierung. Den damaligen Aufsehern wurde nie der Prozess gemacht. Nach dem Zersplittern Jugoslawiens zu Beginn der 90er Jahre waren die Ex-Häftlinge in den verschiedenen Ländern verstreut. Dadurch wurde der Kampf um eine finanzielle Entschädigung und eine Anerkennung noch erschwert.

Die Architekten haben die Initiative ergriffen, diesen symbolischen Ort neu zu gestalten und aus ihm einen touristischen Anziehungspunkt und eine Gedenkstätte zu machen. Der Projektleiter Sacha Zanko erklärt: "Ich vergleiche die Insel immer mit Robben Island [auf welcher Nelson Mandela gefangen gehalten war]: Wir müssen einen Touristenanziehungspunkt entwickeln, der den ehemaligen Gefangenen gegenüber respektvoll ist."

GESCHICHTE

"Die Hölle der Adria"

Das Hochsicherheitsgefängnis wurde 1989 geschlossen. "Man weiß immer noch nicht genau, wie viele Häftlinge dort gefangen waren und wie viele von ihnen heute noch am Leben sind", bemerkt der zum Kroatischen Historischen Institut in Zagreb gehörende Historiker Berislav Jandric. Man schätzt ihre Zahl auf 15.000 bis 50.000.



Aus der von Chruschtschow herausgegebenen "Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion"

Berlin 1959, Moskau 1959, S. 854 /855

Während die Partei unter Führung des ZK die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU durchführte und bedeutende Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen erzielte, fanden sich Leute, die gegen die Linie der Partei auftraten. Das war eine parteifeindliche Gruppe, die sich innerhalb des Präsidiums des ZK gebildet hatte und die aus G. M. Malenkow, L. M. Kaganowitsch und W. M. Molotow bestand.

Diese parteifeindliche Gruppe wirkte dem Leninschen Kurs des XX. Parteitages der KPdSU in der Innen- und Außenpolitik entgegen und hatte sich die Aufgabe gestellt, die politische Linie der Partei zu ändern und ihre Maßnahmen zu vereiteln.

Die Mitglieder der parteifeindlichen Gruppe wandten sich gegen die Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und widersetzten sich den von der Partei zur Einschränkung des Staatsapparates und zum Kampf gegen den Bürokratismus ergriffenen Maßnahmen. Sie suchten die Reorganisierung der Leitung der Industrie und des Bauwesens zu hintertreiben.

Die parteifeindliche Gruppe leugnete die Notwendigkeit, die Kolchosbauern stärker an der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu interessieren, sie lehnte die Ersetzung der alten Planungsordnung in der Landwirtschaft durch eine neue ab, sie war gegen die Aufhebung der Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Produkte aus den Erträgen des Hoflandes der Kolchosbauern. Sie trat gegen die in den Kollektivwirtschaften aufgekommene und von der Partei aktiv unterstützte Bewegung auf, die USA in den nächsten Jahren in der Pro-Kopf-Produktion von Milch, Butter und Fleisch einzuholen und zu überholen. Das Mitglied der parteifeindlichen Gruppe Molotow widersetzte sich der Durchführung einer außerordentlich wichtigen Maßnahme, der Erschließung von Neu- und Brachland, die in der Praxis erprobt worden war und im Wirtschaftsleben des Landes große Bedeutung erlangt hatte. Die parteifeindliche Gruppe bekämpfte den außenpolitischen Kurs der Partei, der darauf abzielte, die internationale Spannung zu mildern, den Frieden zu sichern, die Zusammenarbeit der Völker zu entwickeln und die Freundschaft zwischen ihnen zu vertiefen.

Malenkow, Kaganowitsch und Molotow handelten den Maßnahmen der Partei zur Beseitigung der Folgen des Personenkults zuwider. Das war kein Zufall. Denn sie hatten als Parteifunktionäre in hoher Stellung Anteil an den Fehlern, die aus dem Personenkult entstanden waren.

Das Präsidium des ZK und das Zentralkomitee kämpften beharrlich gegen die falschen Auffassungen der Mitglieder der parteifeindlichen Gruppe und suchten sie zu korrigieren in der Hoffnung, daß sie aus der Kritik an ihren Fehlern die notwendigen Lehren ziehen und sich wieder in das Führungskollektiv der Partei einfügen würden. Die Mitglieder dieser Gruppe glitten jedoch immer mehr auf parteifeindliche, antileninistische Positionen ab und beschritten den Weg des Fraktionskampfes gegen die Parteiführung. Sie vereinigten sich auf parteifeindlicher Grundlage, griffen in ihrem Kampf zu Intrigen und gingen ein geheimes, gegen das ZK der Partei gerichtetes Komplott ein. Mittels fraktioneller Methoden strebten Malenkow, Kaganowitsch, Molotow und Schepilow, welcher sich ihnen angeschlossen hatte, einen "Wechsel in den führenden Organen der Partei an, um die Politik der Partei zu ändern und die Partei zu den falschen, vom XX. Parteitag der KPdSU verurteilten Leitungsmethoden wieder zurückzuzerren.



G. M. Malenkov
Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR



Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch



Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow



Dmitri Trofimowitsch Schepilow

Zu dieser fraktionellen Gruppe gehörte faktisch auch N. A. Bulganin. Er hat durch sein intrigantes, parteifeindliches Verhalten viel dazu beigetragen, daß die parteifeindliche Gruppe gegen die Leninsche Linie der Partei aufzutreten wagte.

Im Juni 1957 entbrannte im Präsidium des Zentralkomitees ein hartnäckiger, erbitterter Kampf gegen die parteifeindliche Gruppierung.

N. S. Chruschtschow, die Mitglieder und Kandidaten des Präsidiums, die Sekretäre des Zentralkomitees A. B. Aristow, N. I. Beljajew, L. I. Breshnew, J. A. Furzewa, A. I. Kiritschenko, F. R. Koslow, A. I. Mikojan, N. A. Muchitdinow, P. N. Pospelow, M. A. Suslow, N. M. Schwernik sowie die Mitglieder des Zentralkomitees N. G. Ignatow, O. W. Kuusinen, D. S. Korottschenko, J. E. Kalnbersin, A. P. Kirilenko, A. N. Kossygin, K. T. Masurow, W. P. Mshawanadse, N. W. Podgorni, D. S. Poljanski und andere gingen entschlossen gegen die parteifeindliche Gruppierung vor und erteilten ihren wütenden Angriffen gegen die Leninsche Linie der Partei und ihres Zentralkomitees eine vernichtende Abfuhr.



Nach Stalins Tod haben sich nicht irgendwelche Fehler durchgesetzt, sondern eben die bürgerlich-revisionistische Linie. Unter welchen schweren Kämpfen dies vor sich ging, läßt sich unschwer aus dem Bericht der albanischen Genossen entnehmen:

„Seit der Usurpation der Partei- und Staatsführung in der SU und anderen Ländern haben die Revisionisten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die gesunden revolutionären Kader aus den führenden Organen des Zentrums und der Basis zu entfernen und sie durch der revisionistischen Linie ergebene Personen zu ersetzen. So standen z. B. 70 % der Mitglieder des ZK der KPdSU welche auf dem XIX. Parteikongreß im Jahre 1952 gewählt worden waren, nicht mehr auf der Liste des ZK des XXII. Parteikongresses im Jahre 1961.

Ebenso wurden etwa 60% der Mitglieder des ZK, welche auf dem XX. Parteitag im Jahre 1956 gewählt wurden, im Jahre 1966 ausgebootet.

Noch größere Veränderungen fanden in den subalternen Parteiorganen statt. Allein im Jahre 1963 wurden 50 % der Mitglieder der Zentral- und Länderrkomitees der Sowjetrepubliken und 75 % der Mitglieder der Bezirks- und Rayonskomitees ausgebootet.

In den leitenden Parteiorganen ist die Zahl der und Kolchosianer empfindlich zurückgegangen, und jene wurden von Technikern und Spezialisten überschwemmt. Diese Organe sind tatsächlich völlig in die Hände der Bürokratie und Technokratie geraten, d. h. in die Hände der privilegierten Schichten. 60 % aller Mitglieder der leitenden Parteiorgane 91,7 bis 97,6 % der Sekretäre der Parteikomitees aller Instanzen.

Obige Zahlen zeigen deutlich, daß die Revisionisten die Tore der Partei weit geöffnet haben, um diese zu zerrütten und die alten Kommunisten und Bolschewiken zu einer hilflosen Minderheit herabzudrücken, andererseits durch die Aufnahme von Intellektuellen und Spezialisten den Klassencharakter der Partei zu liquidieren."

(Allseitige Entartung und Verfall in den von den Revisionisten beherrschten Ländern und Parteien, Tirana 1968, S. 25 f).



1961

<http://www.zeit.de/1961/21/chruschtschows-saeuberung/seite-2>

Chruschtschows Säuberung

Hintergründe der gegenwärtigen Umbesetzungswelle im Parteiapparat / Von Wolfgang Leonhard

Seit einigen Wochen gibt es in der Sowjetunion eine Umbesetzungswelle, die über das „übliche“ Maß weit hinausgeht. Fast täglich werden aus Moskau oder aus den Hauptstädten der Unionsrepubliken Absetzungen und Ernennungen wichtiger Partei- und Staatsfunktionäre gemeldet. Anfang des Jahres schien es noch, als seien die Umbesetzungen lediglich auf die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zurückzuführen. Inzwischen wurden jedoch bereits so viele Bereiche davon erfaßt, daß sich das Ziel abzuzeichnen beginnt: **Eine Generalüberholung des gesamten sowjetischen Parteiapparats.**

Wenige Zahlen genügen, um die Bedeutung der jetzigen Vorgänge anzuzeigen: Von den über 200 Millionen Einwohnern der Sowjetunion sind gegenwärtig etwa 9 Millionen (etwas mehr als vier Prozent also) Mitglieder der Partei. Von den 9 Millionen gehören – folgt man einer jüngsten Veröffentlichung – 1,5 Millionen dem Parteiaktiv, dem Kern der Partei, an. Allerdings sind nicht alle „Partei-Aktivisten“ festangestellte Funktionäre des Apparates.

Über die Zahl der hauptamtlichen Parteifunktionäre schweigt sich die sonst so ziffernfreudige Sowjetpresse aus. Der letzte Hinweis – vom November 1955! – sprach von 214 000 festbesoldeten Parteifunktionären. In Wirklichkeit dürfte die Ziffer jedoch bei 400 000 bis 600 000 liegen. Diese Funktionäre sind das Skelett des Systems. Eine „Generalüberholung“ des Parteiapparats ist daher von außerordentlicher Bedeutung – nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern eben auch für das ganze System.

Was ist bisher nun geschehen? Seit Jahresbeginn sind in der Russischen Föderation bereits 15 (von insgesamt 49) Gebietssekretären abgelöst worden; in Kasachstan wurden der Regierungschef Taschenjew und mehrere Minister ihrer Funktion enthoben, die Komsomolführung umbesetzt und fünf von insgesamt sechzehn Gebietssekretären ausgewechselt; in Litauen mußten der stellvertretende Ministerpräsident, in Estland der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission und in Turkmenistan drei Minister zurücktreten; in der Ukraine wurden der langjährige Regierungschef Nikifor Kaltschenko und sein Stellvertreter Gretschucha degradiert und neun von insgesamt 26 Gebietssekretären ihrer Funktion enthoben. In Kirgisien wurden Innenminister Issajew und sechs Mitglieder des Zentralkomitees wegen Betrugs und staatsfeindlicher Handlungen abgesetzt, in Georgien der Landwirtschaftsminister und Mitglieder des Obersten Gerichtshofs abgelöst, in Armenien fast die gesamte Spitzenführung der Partei, einschließlich des zweiten Parteisekretärs, durch neue Funktionäre ersetzt, in Tadschikistan am gleichen Tage, da die Sowjetbevölkerung den Raumflug Gagarins verfolgte, der Parteiführer Uldshabajew, sein Stellvertreter Obnossow und der Regierungschef Dudchodejew unter schweren Anschuldigungen von ihren Posten entfernt. Insgesamt wurden 35 Gebietssekretäre – rund ein Drittel der Gesamtzahl – ausgewechselt.

Da die Gebietssekretäre nicht nur in ihrem Bereich wie kleine Könige herrschen, sondern auch im Zentralkomitee in Moskau den größten Stimmenblock darstellen (von den 122 Mitgliedern des Zentralkomitees sind fast 80 Gebietssekretäre), ist dies auch für den zentralen Führungsapparat von entscheidender Bedeutung. Aber es gibt zusätzlich noch einige interessante Faktoren. Aus der jüngsten Nummer des „Kommunist“ geht nämlich hervor, daß vor einiger Zeit – ein genaues Datum wurde nicht angegeben – eine zentrale Überprüfung des Parteiapparates in den Gebieten und Unionsrepubliken stattgefunden hat. **Die jetzige Umbesetzungswelle ist daher von der zentralen Spitzenführung sorgfältig geplant und vorbereitet worden.**

(...)



DDR:

Die SED vertrat die Positionen der Chruschtschowianer:

Albanische Literatur wurde verboten. ML-Kritiker wurden verfolgt, eingeschüchtert oder eingesperrt.

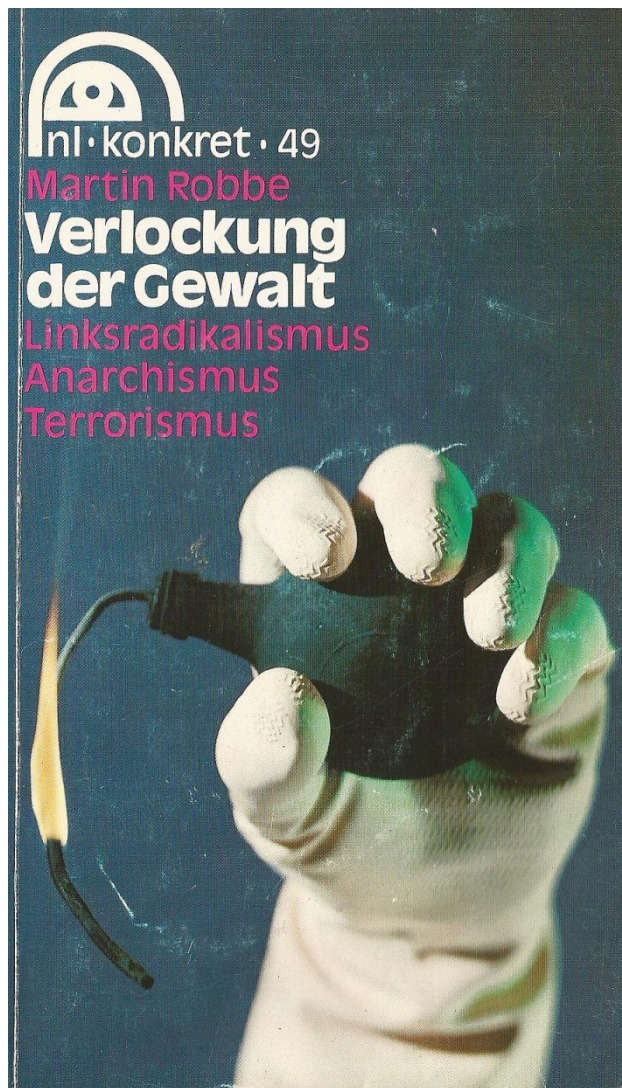
Die Mitte der 70er Jahre gegründete KPD-ML (Sektion) wurde verfolgt und totgeschwiegen.

Hier wahrscheinlich die einzige Erwähnung der Partei:

Martin Robbe

Neues Leben, Konkret 49

S.113



DDR 1981

Fünftens. Einige linksradikale Organisationen bieten sich für direkte antikommunistische Diversion in sozialistischen Staaten an und betreiben sie. Die KPD/ML, die den Gegensatz der in der BRD und in der DDR herrschenden Gesellschaftsordnungen bestreitet, behauptet, eine „Sektion DDR“ zu haben, zu ihren Mitgliedern also DDR-Bürger zu zählen, die mit der sozialistischen Staatsmacht unzufrieden sind. Eine eigene Zeitung, „Roter Morgen – Ausgabe DDR“, sucht sie auf verschiedenen Wegen in die DDR zu schleusen, u. a. durch Mittelsmänner wie durch Postsendungen. Sie verfolgt damit eine doppelte Zielstellung: Sie will Verwirrung stiften – und zugleich den Eindruck erwecken, in der DDR präsent zu sein. (Unter dem letztgenannten Aspekt veröffentlicht sie in der Zeitung fingierte Leserzuschriften von DDR-Bürgern.)

Stattdessen wurde den Mitgliedern der SED das Märchen vom nahen Kommunismus suggertiert.



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

16. Jahrgang / Nr. 209

Berlin, Montag, 31. Juli 1961

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

Programmewurf der KPdSU verkündet die wahren Menschenrechte

Kommunismus bringt der Welt Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit und Glück

Die kommunistische Gesellschaft wird der größte Sieg der Menschheit in ihrer Geschichte

Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben

Alles im Namen
des Menschen,

alles zum Wohle
des Menschen

Die welthistorischen Ziele
des Kommunismus

Höchste Produktion, höchster Lebensstandard,
reichste Kultur, allseitige harmonische Entwicklung
der menschlichen Persönlichkeit

Klassenlose Gesellschaftsordnung mit voller sozialer
Gleichheit aller Mitglieder

Jeder nach seinen Fähigkeiten!
Jedem nach seinen Bedürfnissen!

Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist der Entwicklungsweg der ganzen Menschheit

Der Imperialismus ist in die Periode des Verfalls und des Untergangs eingetreten

Monopolbourgeoisie kann sich auch mit Kernwaffen nicht vom unerbittlichen Lauf der historischen Entwicklung freischließen

Hauptziel der Außenpolitik der KPdSU: Friedliche Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems

Die friedliche Koexistenz — eine objektive Notwendigkeit des Lebens der Menschheit

Der Kommunismus ist die hochorganisierte Gesellschaft freier und bewußt schaffender Menschen

Im Kommunismus verschwinden völlig die Klassen, die Unterschiede zwischen Stadt und Land; das Dorf erreicht das Niveau der Stadt

Sieg des Kommunismus bedeutet organische Verbindung der geistigen und körperlichen Arbeit

Arbeit verwandelt sich aus einem Mittel zur Erhaltung des Lebens in eine Quelle der Freude

Der sozialistische Staat ist in eine neue Phase eingetreten: Es begann der Prozeß des Herüberwachsens des Staates in eine das ganze Volk umfassende Organisation der Werkfähigen der sozialistischen Gesellschaft

Die Verteidigungskraft der UdSSR muß auf dem Niveau gehalten werden, daß jeder Aggressor zer-
schlagen werden kann

Bis 1980 wird kostenlos:

Nutzung des Wohnraumes; Kommunale Verkehrsmittel (Straßenbahn, Omnibus, U-Bahn); Wasser;
Gas; Heizung; Unterbringung der Kinder in Kinderheimen und Internatsschulen

Der Kommunismus gewährleistet:

Materielle Sicherstellung der Nichtarbeitsfähigen; unentgeltlichen Unterricht und ärztliche Behandlung einschließlich Versorgung mit Medikamenten und Behandlung in Sanatorien; konsequente Senkung und teilweise Abschaffung der Bezahlung für Erholungsheime, Pensionen und Touristenheime; umfangreichere Unterstützungen für alleinstehende Mütter; Erweiterung der Stipendien für Studenten; allmählicher Übergang zur unentgeltlichen gesellschaftlichen Verpflegung in Betrieben, Behörden und Kolchosen

Aufbau des Kommunismus in der UdSSR verkürzt Zeit für Aufbau des Sozialismus in den Volks-
demokratien

Nationale Wirtschaften der einzelnen sozialistischen Länder werden sich immer mehr einander an-
nähern

Es verstärken sich die Tendenzen der Schaffung einer künftigen kommunistischen Weltwirtschaft
nach einheitlichem Plan

Annäherung und wachsende allmähliche Einheit der Nationen und langsame Verwischung der nation-
alen Unterschiede

(Die Kurzfassung des Programmewurfs lesen Sie auf den Seiten 3 bis 5)

Die zwei Hauptetappen des Aufbaus des Kommunismus

1961 bis 1970

USA werden in der Pro-Kopf-Produktion übertroffen
Materieller Wohlstand aller Sowjetbürger gewährleistet
Bedarf an komfortablen Wohnungen im wesentlichen gedeckt
Abschaffung der schweren körperlichen Arbeit
UdSSR wird Land mit dem kürzesten Arbeitstag
Industrie-Produktion der UdSSR steigt auf das 2,5fache
Arbeitsproduktivität wird verdoppelt
Durchgängige Mechanisierung der Industrie, Landwirtschaft, des Bau- und Verkehrs-
wesens, der Verlade- und Entladearbeiten und der kommunalen Wirtschaft
Landwirtschaftliche Produktion steigt auf das 2,5fache und überholt die USA
Stromerzeugung wächst auf 900 bis 1000 Milliarden Kilowattstunden
Sechsstundentag oder 34- bzw. 36stündige Arbeitswoche, teilweise Fünftundentag und
30-Stunden-Woche
Nationaleinkommen steigt auf das 2,5fache
Verdoppelung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten
Abschaffung der niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen
Verdoppelung des Realeinkommens der Kolchosbauern
Verdreifachung der Fleischproduktion
Elfklassige polytechnische Oberschule für alle Kinder

1971 bis 1980

Kommunistische Gesellschaft in der UdSSR im wesentlichen aufgebaut
Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern wird gesichert
Allmählicher Übergang zum kommunistischen Prinzip der Verteilung nach Bedürfnissen
Industrie-Produktion steigt auf mindestens das 6fache
Arbeitsproduktivität steigt auf das 4,5fache und das Doppelte gegenüber der Arbeitspro-
duktivität der USA
250 Millionen Tonnen Stahl jährlich
Stromerzeugung wächst auf 2700 bis 3000 Milliarden Kilowattstunden
Durchgängige Automatisierung der Industrie
Landwirtschaftliche Produktion steigt auf das 3,5fache und schneller als die Nachfrage
Fleischproduktion wächst auf das 4fache
Landwirtschaftliche Produktion erreicht das Niveau der Industrie
Landwirtschaftliche Arbeit wird zu einer Art industrieller Arbeit
Abhängigkeit der Landwirtschaft von Naturelementen geht auf Minimum zurück
Nationaleinkommen wächst auf das 3,5fache
Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten steigt um das 3,5fache
Realeinkommen der Kolchosbauern steigt um mehr als das 4fache
Weitere Verkürzung des Arbeitstages und der Arbeitswoche





*Wenn ein Land ein anderes die Freiheit bringen will,
kann es niemals selber frei sein...*

Die Breschnew-Doktrin von der "begrenzten Souveränität"

Juli 1968: CDU-Generalsekretär Heck beteuert im Pressedienst seine Sympathie für die *"sozialistische Ordnung"* in der CSSR.

14. September 1968: Die staatliche Münzanstalt der Bonner Bundesrepublik prägt Münzen mit dem Bildnis Alexander Dubceks in Gold und Silber.

Ob Bonn, London, Paris oder Washington - Politiker verschiedenster bürgerlicher Parteien bekunden ihre Sympathie für die "Kommunistische Partei" der Tschechoslowakei, für den "demokratischen Sozialismus".

Es gibt sie also: "Kommunisten", die von der Bourgeoisie gelobt und unterstützt werden; heißen sie nun Tito, Imre Nagy, Alexander Dubcek, Gyula Horn, oder Gorbatschow. Aber auch für den "Sozialismus" erwärmt sich das Kapital.

Dieser "demokratische Sozialismus" – Prager Frühling genannt - war das Gelbe vom Ei. Der Pfaffe und Ex- SPD-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, R. Höppner, verstieg sich sogar zur Behauptung: *"Nie wieder hat der Sozialismus als Gesellschaftsmodell eine solche überwältigende Zustimmung bei der Bevölkerung gefunden wie 1968 in der CSSR."* ("Volksstimme", 20.8.98)

Wie war das eigentlich damals?

Am 21. August 1968 notierte Genosse Enver Hoxha in seinem Tagebuch: *"Die sowjetischen Revisionisten haben unter dem Deckmantel des Warschauer Vertrages eine Aggression gegen die Tschechoslowakische Republik und ihr Volk verübt (...) Die sowjetrevisionistischen Besatzer und ihre Verbündeten vom Warschauer Vertrag drangen in die Tschechoslowakei ein wie Diebe in der Nacht, nachdem sie noch in Bratislava einander umarmt und abgeküßt hatten und nachdem sie die dort beschlossene Erklärung urbi et orbi (Vor aller Welt - lat.) als 'historisches Dokument' verkündet hatten, welches 'alles geregelt habe, welches die Einheit und Freundschaft unter uns gestählt habe' usw. usf. Wir allein haben dieses als großen Bluff entlarvt, und es ist so gekommen.*

(...) Die sowjetischen, polnischen, deutschen, ungarischen und bulgarischen Revisionisten drangen von vier Seiten über die Grenzen der Tschechoslowakei und besetzten im Verlauf der ganzen Nacht bis zum Morgen Prag, nahmen den Rundfunk ein, umstellten die Gebäude der Regierung, des Zentralkomitees, des Parlaments, des Präsidenten und bei alledem fiel nicht ein Schuß (...) Die sowjetischen Revisionisten begingen diese Verzweiflungstat ja nicht aus freien Stücken, sondern aus nackter Not, ihnen stand das Messer an der Kehle." ("Die Supermächte", Enver Hoxha. Tirana 1986)

Folgerichtig kündigte die VR Albanien im September 1968 die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag. *"Das Maß ist voll! De facto standen wir schon außerhalb des Warschauer Vertrages, angesichts der Aggression gegen die Tschechoslowakei mußte dieser Schritt auch de jure erfolgen"* (E. Hoxha)

Die Partei der Arbeit Albaniens entlarvte die Politik der modernen Revisionisten kompromißlos und enthüllte die Konterrevolution, ob nun von den Sowjetrevisionisten oder die der Ultrarevisionisten.

Über Radio Tirana, über verschiedene Kontakte zu Kommunisten und Revolutionäre Osteuropas leisteten die albanischen Genossen wichtige Arbeit. Freilich blieb den Revis dies nicht verborgen. So wies die bulgarische Regierung am 25. Juli 1968 eine Reihe albanischer Botschaftsangehörige aus Bulgarien aus.

"Die albanischen Diplomaten hätten ... geheime Verbindungen zu bulgarischen Staatsbürgern unterhalten und diese zu staatsfeindlicher Tätigkeit veranlaßt", hieß es im Neuen Deutschland. "Sie hätten Hetzliteratur gegen die Bulgarische KP und die Regierung, sowie gegen andere sozialistische Länder verbreitet". "Hetzliteratur" waren z.B. auch Hintergründe über die Ereignisse in der CSSR.

Im Gegensatz dazu standen Leute wie Tito oder Ceausescu. Nach der Konferenz von Bratislava (3.8.) wurde Tito ein triumphaler Empfang bereitet, der sich wie ein Hahn, als der Retter der Tschechoslowakei aufpusterte. Er reiste ab aus Prag, voller Eigenlob, hoherhobenen Hauptes, Brust raus und nahm von der tschechoslowakischen Regierung für geleistete Dienste einen Scheck über 13 Millionen Dollar mit. Wenige Tage später kam Ceausescu, der sich als "der Tapfere der Tapferen" aufspielte. Dieser unterschrieb auch den "Vertrag über gegenseitige Hilfe", in dem besonders betont wurde, daß "sich die beiden Staaten gegenseitig vor einem oder mehrere Angreifer-Staaten verteidigen" würden! Was die Hilfe Rumäniens anbelangt: Den rumänischen Revisionisten selber fuhr die Angst in Mark und Bein nach dem Überfall auf die CSSR, von einer Verteidigung anderer konnte nicht die Rede sein.

Die Vorgeschichte des "Prager Frühlings"

Ein Unternehmen *"zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften"*, so bezeichneten die Kremel-Herren dreist ihren Überfall. Doch nicht der Sozialismus war 1968 in Gefahr.

Den gab es längst nicht mehr. Antonin Nowotny - 1. Sekretär des ZK der KPC - war der engste Freund der Sowjets, die Tschechoslowakei ihre stärkste Bastion. Die wirtschaftlichen Probleme konnte er aber nicht meistern. Die Wirtschaft erlebte eine beispiellose Talfahrt; der Reallohn der Arbeiter sank von Monat zu Monat, das Bruttosozialprodukt stagnierte, die Auslandsschulden stiegen und schließlich war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht mehr gewährleistet. Im Dezember 1967 kam es zu ersten öffentlichen Auseinandersetzungen vor dem Plenum des Zentralkomitees und im Politbüro. Nowotny wurde nahegelegt, von seinem Amt als 1. Sekretär zurückzutreten.

Am 6. Januar 1968 erschien ein Kommuniqué der ZK-Sitzung mit der Mitteilung, daß Nowotny *"wegen Mängel in den Methoden und im Stil der innerparteilichen Führungstätigkeit"* als Parteisekretär abgelöst wurde. Zum Nachfolger wurde einstimmig Alexander Dubcek gewählt. Er war 1. Sekretär der slowakischen KP und gehörte schon seit 5 Jahren dem Politbüro in Prag an. Dubcek war ein Widersacher Nowotnys und Anhänger einer Pro-westlichen Strömung in der revisionistischen Partei.

Was Dubcek für die CSSR wollte wurde in den anderen revisionistischen Länder bereits seit langem praktiziert. In den sowjetischen Betrieben galt bereits seit langem wieder das Rentabilitätsprinzip. In Ungarn z.B. wurden bereits entscheidendere Schritte hin zum offenen Kapitalismus als in der CSSR getan. Da aber die ungarischen Revisionisten brav an der Leine Moskaus blieben, konnten sie ungestört ihren Weg gehen. Diese Entwicklung hat die Sowjetrevisionisten nie gestört. Im Gegenteil, sie betrachteten Ungarn als "Vorbild" und "Musterland". Als Gefahr betrachteten sie also nicht "Dubceks Verrat" am Sozialismus, als Gefahr betrachteten sie nur die Möglichkeit des Verlustes der Oberhoheit über die CSSR. Denn die Dubcek-Clique hatte begonnen, Verbindungen mit den westlichen Imperialisten aufzunehmen.

Die Ultrarevisionisten der CSSR wollten sich möglichst rasch von einer Wirtschaft verabschieden, die vom bürokratisch-zentralistischen Staatsapparat beherrscht wurde. Die Fäulnis, die Krisenerscheinungen usw., die von der Leitung der Wirtschaft durch einen bürokratischen Staatsapparat ausging, nahm im Land immer mehr zu. Die Triebkräfte, die auf eine Restauration der warenproduzierenden Ordnung aus waren, nutzten diesen Umstand aus.

Unter den Parolen eines "demokratischen Sozialismus", eines "Dritten Weges" usw. kam es in rascher Folge zu Reformen in der CSSR. Die Einführung einer warenproduzierenden Ordnung des Privatkapitals stand nichts mehr im Wege. In diesem Zusammenhang wäre es natürlich zu Konflikten mit den Ländern gekommen, die eine Wirtschaft des zentralistischen Staatsapparates (d.h. die revisionistische Staaten) betrieben (Die SU und die anderen Länder des RGW). Zwangsläufig würde die CSSR ausscheren aus diesem Verbund und sich den westlich-kapitalistischen Ländern annähern.

(Übrigens lernten die Gorbatschow-Leute daraus: Die Reformen in der UdSSR nach 1985, die sehr viel Ähnlichkeiten mit denen der CSSR aufwiesen, mußten auf die anderen Staaten des RGW ausgeweitet werden. Mittels Intrigen, Druck und Putsche usw., im Interesse der Gorbatschow-Reformer, wurden diese auf den neuen Kurs des "Marktsozialismus" eingetrimmt. Im Gegensatz zur CSSR 1968 hatten die Moskauer Reformer die Macht dies auch zu bewerkstelligen.)

Aus Washington war 1968 zu hören, daß man dort "mit Interesse und Sympathie die Ergebnisse in der CSSR beobachten" würde. Natürlich, wenn Dubcek die Regierungen in Bonn oder Washington um Kredite anging, dann tat er damit nur, was Breschnew schon lange machte. Aber solche Beziehungen sollten eben das Monopol der Kremel-Herren bleiben.

Der Prozeß der mit der Machtübernahme der Dubcek-Gruppe sich entwickelte, kann man nicht vom Prozeß im revisionistischen Lager insgesamt trennen. Er ist das Ergebnis gewesen der Entartung und der großen Widersprüche im revisionistischen Clan, das Ergebnis der verschiedenen Tendenzen im Clan eines jeden einzelnen revisionistischen Landes, sowie das Ergebnis der internationalen Widersprüche.

Dubcek spielte geschickt. Er propagierte den "Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Liberalisierung, Pressefreiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft, Stalinismus u.s.w. waren Parolen seiner Anhänger. Eine "reine Demokratie" wurde propagiert. *"Für ein freies Spiel der politischen Kräfte, für eine freie, uneingeschränkte und nichtorganisierte Initiative der Individuen"* (Literarni Listy, Nr.9/68).

Der "liberale" Weg und seine Unterstützer

Für diesen "liberalen" Weg war ein Teil des tschechoslowakischen Volkes, sogar der tschechoslowakischen Arbeiterklasse wie geschaffen. Für sie war der Kommunismus ein leeres Wort, ein Zwischenfall. Die KPTsch arbeitete seit der Befreiung nicht auf fester Grundlage und es war eine Tatsache, daß sie die Natur und die politischen Tendenzen eines Teils der Bevölkerung nur wenig verändert hat. Dieser Teil hat dann auch im Sozialismus seine bürgerlich-kapitalistischen Auffassungen bewahrt und weiterentwickelt. (Vgl: "Zer i Popullit", 24.3.1968: Die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder muß den Kampf aufnehmen, um die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen)



In der CSSR begann es mit reaktionären pro-westlichen Schriftstellern und Studenten. In diesen Kreisen wurden die "geistigen" Waffen geschmiedet. Eine weitere Liberalisierung des revisionistischen Regimes strebten sie an. Eine vollständige Loslösung von der Hegemonie der Sowjetrevisionisten wurde gefordert und schließlich sollten die Revisionisten gestürzt werden und durch offene kapitalistische Cliquen ersetzt werden. Solche reaktionären Studenten, Schriftsteller, Künstler usw. halfen erstmal der Gruppe der Ultrarevisionisten, die Macht zu ergreifen.

Diese Intelligenzia wurde zur Vorhut der Reaktion. (Vgl. hierzu auch die Ereignisse in Ungarn 1956: Der Petöfi-Klub - Kulturklub des Jugendverbands, in Wirklichkeit ein Nest der reaktionären Intellektuellen)

"Die Schriftsteller waren es, die den Stein ins Rollen brachten, und nicht nur das. Unter ihnen war der 'brain trust' zu finden, der das politische Konzept ausarbeitete, der den kommunistischen Sozialismus mit der Demokratie vereinigen sollte" ... Die Bewegung in der CSSR, "war eine Bewegung, die von kulturellen, von geistigen Bereichen ausging und bei der realen Entfaltung dort auch ihr Zentrum behielt", bekannte redselig der Westberliner "Tagesspiegel" vom 28.8. 1968.

Während der gesamten Zeit des sogenannten "Prager Frühlings" appelierte die Reaktion an die Jugend. Sie schmeichelte ihr, schürte nihilistische Leidenschaften und Stimmungen. Eifrig propagiert wurde die Auffassung von der Jugend als einer sozialen Sondergruppe mit angeblich selbstständigen, an keiner Klasse gebundenen politischen Forderungen. Es wurde ihr zugesichert, daß alle Forderungen der Jugendlichen erfüllt werden. Der Sozialismus wurde betont, hätte die Jugend immer ignoriert und wäre nicht dazu fähig. Nur in der "Demokratie" sei die "freie Willensäußerung" machbar, gebe es die "schöpferische Initiative von unten" und dergleichen mehr.

Vertreter aller imperialistischen Staaten gaben sich im Prager Hradschin die Klinke in die Hand. Ex-Bundespräsident Scheel fuhr als "Privatmann" in die CSSR. Carters Chefberater, Brzesinski kam als "Vortragsreisender". Bundesbankpräsident Blessing besuchte achtmal Prag. Die CSSR erhielt großzügige Kredite. Die bankrotte Wirtschaft sollte nach westlichem Vorbild saniert werden - auf Kosten der Arbeiter. Die Dubcek-Leute waren gute Demagogen. Für alles machten sie den "Stalinismus" verantwortlich. Haß wurde gegen den Sozialismus geschürt und der westliche Kapitalismus mit sozialen Phrasen garniert als "demokratischer Sozialismus" verkauft. Alle, sogar die Faschisten wurden mit großem Tamtam rehabilitiert. Sie wurden als "hervorragende Menschen", als Opfer des "stalinistischen Terrors" hingestellt.

Raschen Schrittes wurden verschiedene Klubs, Zirkel, Vereinigungen und sogar Parteien gegründet. Das waren der "Klub 231", der "Klub der engagierten Parteilosen", der "Arbeitskreis unabhängiger Schriftsteller", der "Klub der Kritischdenkenden", die "Organisation zum Schutz der Menschenrechte", das "Vorbereitungskomitee der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteien" usw.

Für diese Oppositionsgruppen, die schnellstmöglich und restlos den Kapitalismus restaurieren wollten, bestand die "zentrale Frage der kommenden Monate" sogenannte "demokratische Wahlen" durchzuführen (Manifest des "Klubs der engagierten Parteilosen")

Der "demokratische Sozialismus", eine Worthülse für Kapitalismus

Unter der Flagge der Suche nach einer "neuen Variante" des Marxismus wurde in der CSSR lange und hartnäckig eine Kampagne betrieben, die marxistisch-leninistische Theorie zu diskreditieren. Relativ einfach war dies dadurch, da in der CSSR seit langem eine revisionistische Politik betrieben wurde. Nach außenhin wurde das Ganze als "Marxismus-Leninismus" verkauft, freilich der Inhalt war ein anderer. All die Erscheinungen von Fäulnis, Mißwirtschaft, Verzerrung, Korruption usw. wurden so dem Sozialismus angeheftet. Als Ausweg und Alternative wurde dann der "demokratische Sozialismus" propagiert.

"Der heutige Sozialismus ist nicht für die Arbeiter", in der bürgerlichen Republik "lebten sie besser" ("Literarni listy", 16.5.68).

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wurde als "Alternative" die "sozialistische Marktwirtschaft" gepriesen. So malte beispielsweise der stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik in zahlreichen Stellungnahmen ein idyllisches Bild eines "Markt"-Sozialismus.

Ota Sik: *"... Unsere Betriebe müssen unter stärkeren Druck des Binnen- und des Weltmarkts geraten. Die Monopolstellung der Betriebe muß durch Konkurrenz nach innen oder im Außenhandel ersetzt werden."* (O.Sik)

Bereits 1967 hatten "Ostspezialisten" wie Karl Thalheim, Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Westberliner Osteuropa- Institutes, erkannt: *"Wenn aber das, was Herr Sik hier vorgetragen hat, durchgeführt wird, so ist das ein echter Systemwandel, und ich würde darin auch tatsächlich eine Annäherung der Wirtschaftssysteme sehen."* (Thalheim, Probleme zentraler Wirtschaftslenkung, München 1967)

Als der bundesdeutsche Wirtschaftspolitiker Blessing im Juli 1968 nach Prag reiste, wurden auch Gespräche über eine bundesdeutsche Unterstützung für einen Beitritt der CSSR zum Internationalen Währungsfonds geführt. Kreditforderungen der CSSR (500 Mio. Dollar) wurden ebenfalls wohlwollend behandelt.

Da für den Fortgang der Reformen in der CSSR mit Hundertausenden von Arbeitslosen gerechnet wurde sicherte der Präsident der Bundesanstalt, Stengel, die Bereitschaft zu, tschechoslowakische Gastarbeiter aufzunehmen: *"Die Arbeitsvermittlung ist in diesem Falle so großzügig wie sie es nur sein kann."* ("Süddeutsche Zeitung", 7.8.68)

Der heimtückische Überfall

Für die Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat) in Moskau läuteten die Alarmglocken. Eine Vielzahl von Gesprächen, Verhandlungen (Dresden, Bratislava u.s.w.) fanden zwischen Januar bis August 68 statt. Vorbereitungen für eine Intervention liefen. Eine Vielzahl von Manövern bereiten den Überfall vor.

Das "Neue Deutschland" vom 6. Mai 1968 wiegelt ab: *"Da hat doch dieser Tage die Bonner Regierung der Welt einzureden wollen, die Staaten des Warscheuer Vertrages beabsichtigen, mit 10.000 bis 12.000 Mann in der CSSR zu intervenieren. Das sind böswillige Erfindungen ... Solche Gangstermethoden waren bekanntlich von den Hitlerfaschisten bis zur Perfektion entwickelt worden."*

(Ähnlichkeiten mit der Ulbrichtbehauptung: *"Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten"* vom 16. Juni 1961 sind "rein zufällig")

Unter strengster Geheimhaltung begann nunmehr die Vorbereitung der direkten militärischen Intervention. Die Tarnbezeichnung lautete "Dunai" (Donau). Mit der Vorbereitung und Durchführung der Übung "Donau" begann auch die direkte Einbeziehung der "Nationalen Volksarmee" (NVA) der DDR in die geplante Militäraktion. Am 19. August wurde der NVA-Führung mitgeteilt, daß die Übung "Donau" mit dem Überschreiten der Staatsgrenze der CSSR am 21. August 1968, 0.00 Uhr Moskauer Zeit, beginnt.

Panzer rollen auf Prag

In den späten Abendstunden des 20. August erhielt der Kontrollturm des Prager Zivilflughafens Ruzyně einen Notruf von drei sowjetischen Transportflugzeugen. Die Besatzungen baten um Landeerlaubnis, weil ihr Treibstoffvorrat verbraucht wäre. Der Direktor des Flughafens lehnte diese Bitte unter Hinweis auf eine Landemöglichkeit auf dem naheliegenden Militärflugplatz Kbely ab. Doch wenige Minuten später setzten die sowjetischen Maschinen in Ruzyně auf - ohne Genehmigung. Als "Passagiere" der Transporter entpuppten sich Fallschirmjäger der sowjetischen Streitkräfte. Blitzschnell besetzten sie die wichtigsten Punkte des Flugplatzes, luden Militärgerät aus und errichteten eine Feldflugleitstelle. Ab 22.30 Uhr landeten in Minutenabstand weitere sowjetische Flugzeuge vom Typ AN-12, die eine komplette Luftlandedivision nach Prag brachten. Die Intervention hatte mit einem Piratenakt begonnen.

Etwa zur selben Zeit erhielten die Kommandeure der entlang der Grenze zur CSSR konzentrierten Verbände und Truppenteile des Warschauer Vertrages den Marschbefehl.

Militärisch stieß die Intervention von Truppen der UdSSR, Polens, Bulgariens und Ungarns auf keinerlei Widerstand. Die Einheiten der "Tschechoslowakischen Volksarmee" wurden teilweise entwaffnet, ihre Kasernen blockiert. Der Blitzüberfall in die CSSR vollzog sich in weniger als 24 Stunden. Die Gesamttruppenstärke der eingesetzten Kräfte lag bei mindestens 350 000 bis 400 000 Mann. Auf der Grundlage verschiedener Quellen beteiligten sich insgesamt 20 bis 23 sowjetische Divisionen, 4 polnische Divisionen, 2 bis 3 ungarische Divisionen und 2 Verbände der NVA sowie ein verstärktes bulgarisches Regiment.

Erst am 23./24. August hielten sich im Rahmen der gemeinsamen Militäraktion auch tatsächlich NVA-Angehörige zeitweilig auf dem Territorium der CSSR auf.

Auch wenn es nur einige Dutzend NVA-Angehörige waren die tatsächlich auf dem Boden der CSSR stationiert waren, dürfen die Maßnahmen der DDR und ihrer Armee nicht bagatellisiert werden. Die NVA war bis zum 21. August voll in die Militäraktion des Warschauer Vertrages eingebunden. Beide Verbände waren so weit militärisch vorbereitet, daß sie auf sowjetischen Befehl hin in die CSSR hätten zum Einsatz gebracht werden können.

Ein Gefreiter der NVA, der am 23. August 1968 zum Führungsstab nach Milovice unterwegs war, schilderte in einem Bericht an die PHV der NVA die Situation folgendermaßen: *"Völlig desinformiert über den Sinn des Aufenthalts von Truppen aus den sozialistischen Bruderländern hingen Fahnen mit*

Trauerflor auf Halbmast, waren Losungen an Mauern, Häusern, Bäume und Fahrzeuge geschmiert. In jeder Ortschaft, durch welche wir fuhren, bot sich das gleiche Bild, und überall standen Menschen in Gruppen auf den Straßen oder an Fabriktoren und drohten sogar mit den Fäusten. Die Ortsschilder und Wegweiser waren entweder herausgerissen oder übermalt, dafür standen neue mit der Aufschrift, Moskau, Warschau, Berlin." (Fonds des Militärgeschichtlichen Instituts des DDR, Arbeitsgr. B/E, 61186)

Öffentliche Stellungnahmen gegen den Truppeneinmarsch tauchen in den Medien nicht auf. Aber es gab sie auch in der DDR. Solidaritätskundgebungen Berliner Bürger in der CSSR-Botschaft, Protestkundgebungen in Eisenach, Ruhla, Gotha und Schwerin sowie Flugblattaktionen gegen die Besetzung fanden nach dem 21. August statt.

Die NVA-Führung ging in ihrem Verantwortungsbereich gegen jede Abweichung von der offiziellen Parteilinie streng vor. Innerhalb von zwei Monaten, gerechnet ab August 68, wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR 234 Parteiverfahren in der NVA durchgeführt. Dabei kam es zu 140 sogenannten Parteierziehungsmaßnahmen und 94 Parteistrafen einschließlich 20 Ausschlüsse. Allein 12 Offiziere wurden aus der SED ausgeschlossen, was für sie praktisch das Ende ihrer Karriere bedeutete. (R. Wenzke, Prager Frühling - Prager Herbst. Brandenburgisches Verlagshaus, 1990)

Während die Werktätigen der CSSR in einer Welle des Widerstandes gegen den Überfall sich erhoben, rief Dubcek dazu auf, "Ruhe zu bewahren". Aber überall entbrennt der Kampf gegen die Besatzer. Eingehakt, in festen Reihen marschieren die Menschen durch die Straßen Prags, um das weitere Vordringen der feindlichen Panzer zu verhindern. Die großen Betriebe wie die CKD-Maschinenwerke, wie die Hütte von Vitkovice, die Bergwerke von Kladno und Hymburk werden von den Arbeitern stillgelegt. Die Eisenbahner verweigern den Transport von Material für die Besatzer. Am 25. August greifen in Prag Arbeiter zu den Waffen. Widerstandsstoßbrigaden werden gebildet. Und was macht Dubcek, der angebliche Vorkämpfer für die Unabhängigkeit? Er beschränkt sich nicht mehr auf Stillhalte-Apelle, sondern unterzeichnet in Moskau am 27. August ein Kommuniqué mit den Moskauer Henkern, in dem zynisch von der Freundschaft und Solidarität die Rede ist, die beide Seiten miteinander empfinden. Dubcek gibt den Streitkräften die Order, "Zwischenfälle und Zusammenstöße" zu vermeiden. Dubceks Pakt mit den Sowjetrevisionisten konnte nicht verhindern, daß Breschnew ihn schließlich kalt abservierte und ihn durch die getreue Marionette Husak ersetzte. Dubcek erhielt später einen Botschaftsposten in der Türkei, bis er ganz von der Bühne verschwand.

Als Grund für die Intervention wird ein angebliches "Hilfeersuchen einer Gruppe von Mitgliedern des ZK der KPTsch" genannt. (TASS, 21. August) Die Einzelheiten dieses "Hilfeersuchens" blieben im dunkeln, die Namen der "Bittsteller" wurden nicht bekanntgegeben. Die Absurdität des "Hilfeersuchens", das durchaus den Tatbestand des Hochverrats erfüllte, ist offensichtlich. Wie konnten die UdSSR und ihre Verbündeten auf "Wunsch" einer kleinen Gruppe von Bürgern der CSSR Truppen in das Land senden, ohne daß davon die Regierung oder das Parlament der CSSR Kenntnis erhielten?

Späterhin werden die Sowjetrevisionisten den Überfall als "Notwendigkeit" deklarieren, ihn mit einer "Begrenzten Souveränität sozialistischer Länder" rechtfertigen.

Die Breschnew-Doktrin

Als "Geburtsurkunde" der sozialimperialistischen Breschnew-Doktrin von der "begrenzten Souveränität" war der Brief (14.7.68) aus Warschau von fünf "Bruderländer" an die KPTsch. Darin heißt es: *"Es ist nicht nur mehr ihre Angelegenheit, daß sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller Kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten (...) Wir werden niemals zulassen das der Imperialismus auf friedlichem und unfriedlichem Wege, von innen oder von außen eine Breche in das sozialistische System schlägt."*

Der Größenwahn der Revisionisten kannte keine Grenzen. Die getreuen Schreiberlinge der SED schrieben im ND:

"Die furchtgebietende militärische Macht der UdSSR - so formulierte L. Breschnew - ist heute das Hauptmittel imperialistische Aggressoren zu zügeln" Und weiter: " Auf allen Gebieten des modernen Militärwesens hat sich die Sowjetunion den ersten Platz in der Welt erkämpft, ihn behauptet und sogar ausgebaut ... Angesichts des Kräfteverhältnisses wäre es absurd anzunehmen, daß das sozialistische Weltsystem einen Einbruch in seinen Bereich dulden würde..." (2.8.68)

Dem Proletariat fehlte die Führung

Die Arbeiter der CSSR wurden von beiden Seiten mißbraucht: von den pro-westlichen "Sozialisten" wie von den pro-sowjetischen "Sozialisten". Beiden Gruppierungen ging es nicht um die Arbeiter, sondern nur um ihre Macht und Einfluß.

Den Arbeitern fehlte eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei, die sie einte und organisierte im Kampf gegen die Dubceks, gegen die Breschnews. Ansätze waren vorhanden, wie die Gruppen der "Gottwald-Kommunisten" (Klement Gottwald, 1896-1953, erster Arbeiterpräsident der CSR, Vorsitzender der KPTsch).

Leider entwickelten sie sich nicht zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei.

In jenen Tagen schrieb "Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens:

"Für das tschechoslowakische Volk ist die Lage ernst aber nicht hoffnungslos. Vertrauen auf die eigenen Kräfte und auf die gesunden internationalen Kräfte des Marxismus-Leninismus kann den Weg zur Rettung bahnen. Die revolutionären Marxisten-Leninisten der Tschechoslowakei müssen eine neue, wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bilden, die der revisionistischen Partei Dubceks und allen bürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei unerbitterlich den Krieg erklärt."

Nachtrag:

Seit 1989/90 ist die Tschechoslowakei wieder da angelangt, wofür die Reformer kämpften:

Im "demokratischen Sozialismus", d.h. im Kapitalismus.

Am 28. Dezember 1989 wird Alexander Dubcek neuer Parlamentspräsident der jetzt offen kapitalistischen CSFR.

Gustav Husak, der von den Sowjets 1968 eingesetzte 1. Sekretär der KPTsch, wurde 1989 abgesetzt. Seitdem bechäftigte er sich intensiv mit der Religion. Nach Angaben bürgerlicher Kreise ist er zum Christentum übergetreten.

Eine ausführliche Analyse über die Politik der Ultrarevisionisten in Jugoslawien und in der CSSR-Dubceks findet man im 7. Kapitel (S. 89-99) des Buches: "Wann und warum der Sozialismus in der SU scheiterte", Bd.1. Verlag ROTER MORGEN.

Gastfreundschaft mißbraucht

Sofia (ADN). Der stellvertretende bulgarische Außenminister Haralambi Traikow hat im Auftrage seiner Regierung dem albanischen Botschafter mitgeteilt, daß er und der 2. Sekretär der Botschaft, Nareci Riza, sowie die Mitarbeiter Lukán Tase, Foto Joni, Malo Cenka und Bedri Minga innerhalb von drei Tagen Bulgarien zu verlassen hätten. Diese Maßnahme erfolge, da die Tätigkeit der Genannten im Widerspruch zu den internationalen Gepflogenheiten stehe und mit dem diplomatischen Status unvereinbar sei.

In einer aus diesem Anlaß veröffentlichten offiziellen Erklärung heißt es, die albanischen Diplomaten hätten unter Mißbrauch der ihnen gewährten Gastfreundschaft aktive subversive Tätigkeit gegen die Volksrepublik Bulgariens entwickelt, geheime Verbindungen zu bulgarischen Staatsbürgern unterhalten und diese zu staatsfeindlicher Tätigkeit veranlaßt. Sie hätten Hetzliteratur gegen die Bulgarische KP und die Regierung sowie gegen andere sozialistische Staaten verbreitet und Informationen gesammelt, um die Sicherheit Bulgariens zu untergraben. Außerdem hätten sie feindliche Tätigkeit gegen andere sozialistische Staaten betrieben. Die bulgarische Regierung bekräftige ihren Wunsch, heißt es abschließend in der Erklärung, mit der Volksrepublik Albanien auf der Grundlage der Achtung der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten normale Beziehungen zu unterhalten.



Ota Sik

Der Wirtschaftswissenschaftler Ota Sik prägte den Begriff vom «dritten Weg», einer Alternative zur westlichen Markt- und der kommunistischen Planwirtschaft. Sik war der führende Kopf der wirtschaftlichen Reformen während des Prager Frühlings.

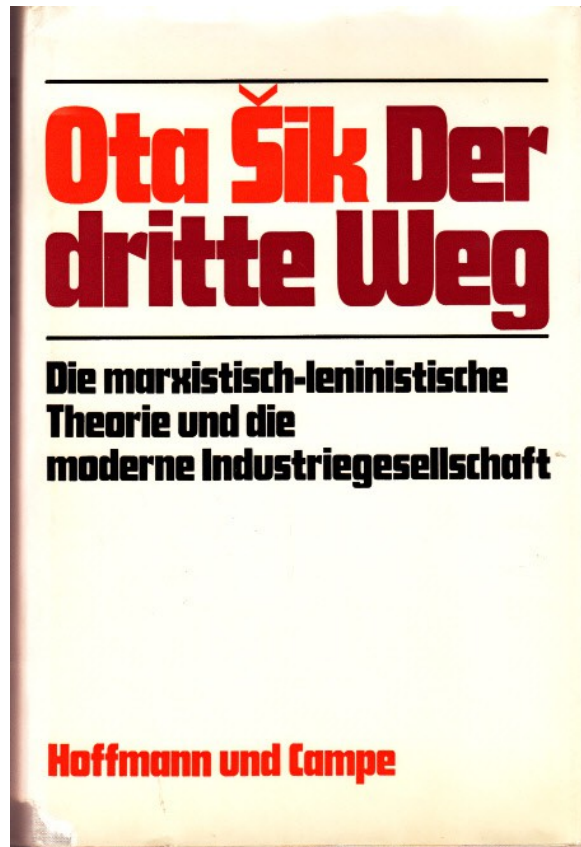


Ota Siks Karriere als Ökonom war eng verknüpft mit einer politischen Karriere innerhalb der kommunistischen Partei. 1962 wurde er Mitglied im Zentralkomitee und zwei Jahre später Präsident der staatlichen Kommission für die Wirtschaftsreform.

Sein neues ökonomisches Modell für die tschechoslowakische Wirtschaft, das innerhalb eines planwirtschaftlichen Rahmens marktwirtschaftliche Elemente vorsah, wurde offiziell, aber mit wenig Erfolg Anfang 1967 eingeführt. Sik machte die mangelnde Konsequenz in der Umsetzung verantwortlich dafür, dass der Erfolg ausblieb.

Während des Prager Frühlings wurde Sik in die Regierung berufen und mit einer weitergehenden Wirtschaftsreform beauftragt. Beim Einmarsch der Truppen in Prag, weilte Sik in Jugoslawien.

Er kehrte nicht mehr in die Tschechoslowakei zurück, sondern reiste in die Schweiz, wo ihm 1970 Asyl gewährt wurde. Sik setzte seine wissenschaftliche Laufbahn an der Hochschule St. Gallen fort, wo er bis 1989 lehrte. Ota Sik starb 2004 im Alter von 85 Jahren.



<http://www.ossietzky.net/18-2008&textfile=332>

Herbstlicher Frühling

Als Michail Gorbatschow sein Werk vollbracht hatte, bekannte er vor Studenten der US-amerikanischen Universität in Ankara: »Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus (...) Um dieses zu erreichen, mußte ich die ganze Führung der KPdSU und der UdSSR ersetzen und ebenso die Führung in allen sozialistischen Ländern.«

Ota Sik, der 1968 im »Prager Frühling« als wirtschaftspolitischer Hauptreformer seinen tschechoslowakischen Landsleuten den »Dritten Weg« gewiesen hatte, gab 1990 in der *Mlada Fronta* zu wissen: »Auch für manche Reformkommunisten war schon der Gedanke an die Einführung des Privateigentums eine Todsünde. Somit war auch der Dritte Weg ein Täuschungsmanöver. Schon damals war ich überzeugt, daß die einzige Lösung für uns der vollblütige kapitalistische Markt darstellt.«

Beide Reformer sagen also, daß man ihnen nie hätte glauben dürfen. Das glaube ich ihnen.

Siks Äußerung besagt freilich alleingegenommen nicht allzu viel, weil am »Prager Frühling« auch Akteure mit ganz anderen Absichten beteiligt waren. Aber sie dürfte Interesse an einem soeben erschienen Band mit teilweise bisher unbekannten Dokumenten über die tschechoslowakische Dubcek-Ära und deren Ende wecken.

Eckart Spoo

Klaus Kukuk (Hg.): »Prag 68 – Unbekannte Dokumente« eingeleitet von Horst Schneider, Verlag edition ost, 288 Seiten, 14.90 €

Im April 1968 vollzog die KSČ mit einem Aktionsprogramm eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Die entscheidenden ökonomischen Passagen stammten von Šik:

"Die bisherigen Methoden der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft sind überlebt und erfordern dringend Änderungen, d.h. ein ökonomisches Leitungssystem, das eine Wendung zu intensivem Wachstum durchzusetzen vermag."

Der Kern dieses ökonomischen Programms bestand darin, dass innerhalb eines Rahmenplans die Wirtschaft durch *ökonomische Mittel* gesteuert werden sollte. Die Direktoren der Betriebe waren nach diesen Vorstellungen in ihrer Preis- und Produktpolitik weitgehend selbständig gewesen. [Valtr Komárek](#), ein Mitarbeiter Šiks, umschrieb diese Wirtschaftsformel später so:

"Wir wollten freie Güterpreise, aber, aus demokratischer Verantwortung, keine freien [Faktorpreise](#)."

Er bekannte sich 1990 in mehreren Interviews rückblickend zum "vollblütigen" Kapitalismus, so gegenüber einer tschechischen Tageszeitung: "Sehen Sie, wir konnten damals nicht alle unsere Ziele voll präsentieren. (...) Also war auch der dritte Weg ein verschleiernendes Manöver. Schon damals war ich davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblütiger Markt kapitalistischer Art ist." [1].

Sein Hauptwerk "Humane Wirtschaftsdemokratie" veröffentlichte er 1979.

<http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/580.mit-blick-auf-1968-wirtschafts-und-politische-reformen-in-osteuropa.html>

Mit Blick auf 1968: Wirtschafts- und politische Reformen in Osteuropa

Vermeidbares Zusammentreffen oder notwendiges Zusammenspiel?

Jörg Roesler

(....)

In der Geschichte der zweiten Welle der osteuropäischen Wirtschaftsreformen steht der Januar 1968 aber nicht für den Beginn des Wirksamwerdens der ungarischen Wirtschaftsreform, sondern für die Durchsetzung jener Kräfte in der Parteiführung der KPC, die von einem Zusammenspiel wirtschaftlicher und politischer Reformmaßnahmen, die in der Zulassung eines politischen Pluralismus bis hin zur Infragestellung der führenden Rolle der Partei bestehen sollte, die wesentliche Bedingung für den Erfolg der wirtschaftlichen Reformprogramme sahen.

Die Wende vom Januar, die den „Prager Frühling“ einleitete, hatte ihre Vorgeschichte. Anders als in Ungarn und zunächst ähnlich der Entwicklung in der DDR war es auch in der Tschechoslowakei zu einem Zusammenspiel von ökonomischen Reformen und politischer Aufbruchstimmung gekommen. In Prag hatte die Parteiführung unter Novotny im Januar 1965 einem recht weitgehenden Reformkonzept zugestimmt, das von einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern unter Leitung Ota Siks erarbeitet worden war. Zu einer Rücknahme der über die Wirtschaft hinausgehenden gesellschaftspolitischen Ansätze wie in der DDR kam es in der Tschechoslowakei nicht. Die auch in den der Führung der KPC vorhandenen Reformgegner übten sich 1966 und 1967 – als es darum ging, das einmal beschlossene Reformprogramm zu verwirklichen – in Verzögerungstaktik, für die sie auch den Anfangs reformfreundlichen Novotny gewinnen konnten. Im Laufe des Jahres 1967 wurde für „Chefreformer“ Ota Sik erkennbar, dass bei einem etwa gleichen Kräfteverhältnis zwischen Reformbefürwortern und Reformgegnern sowie einem schwankenden und zögernden Parteiführer – Antonin Novotny – die Wirtschaftsreform nur noch unter dem Druck der reformfreundlichen Öffentlichkeit zu verwirklichen war. Die würde dazu erst bereit sein, wenn man ihre Forderung nach weitergehenden, d.h. nach gesamtgesellschaftlichen Reformen akzeptierte. Den von den Reformprotagonisten gewünschten Druck herzustellen, setzte also voraus, die Barrieren zwischen ökonomischer und politischer Reform einzureißen. Mit dem Abtreten Novotnys und der Wahl Alexander Dubceks zum ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPC Anfang Januar 1968 wurden dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Während der folgenden acht Monate des „Prager Frühlings“ standen politische Reformen im Mittelpunkt. Im ökonomischen Bereich tat sich in erster Linie etwas im bislang auch von Ota Sik konzeptionell vernachlässigten Bereich der Demokratisierung der Wirtschaft. Das im April 1968 verabschiedete Aktionsprogramm der KPC widmete erstmals der Einbindung der Arbeiter in die Betriebsleitung beträchtliche Aufmerksamkeit. Ihre Entschlossenheit, die zu einem funktionsfähigen Marktmechanismus führenden Wirtschaftsreformen zu vertiefen und zu beschleunigen, unterstrich die tschechoslowakische Führung im August 1968 in Zusammenhang mit der Verabschiedung der

Wirtschaftsaufgaben für 1969. Insofern hatte das Zusammenspiel ökonomischer und politischer Reformen Früchte getragen. Die politischen Reformmaßnahmen waren jedoch gleichzeitig für die Sowjetunion und vier realsozialistische Nachbarn der CSSR der Anlass, in die Tschechoslowakei einzumarschieren und die von ihnen als „konterrevolutionär“ eingeschätzten politischen Reformvorhaben zu unterdrücken. Die Wirtschaftsreformen wurden hingegen fortgeführt.

Zwischen September 1968 und April 1969 war damit in der Tschechoslowakei ein Zustand hergestellt, wie er in Ungarn seit Beginn der Wirtschaftsreformbemühungen 1962, in der DDR nach dem Kahlschlagplenum 1966 bestand, wie er – mit der gewichtigen Ausnahme Jugoslawiens – für alle osteuropäischen Länder charakteristisch war: Reformiert werden durfte nur noch auf ökonomischen Gebiet.



Das Schicksal der ökonomischen Reformen nach 1968

Es zeigte sich bald, dass die Reformgegner, durch die Niederschlagung des Prager Frühlings in allen Staaten Osteuropas gestärkt, nunmehr auch vor direkten Angriffen gegen die Wirtschaftsreformen nicht zurückschreckten. Geschwächt war die Position der Reformprotagonisten. Sie befanden sich bald in der Defensive, sie hatten die Beibehaltung bzw. Fortführung der Wirtschaftsreformen gegenüber Reformgegnern und -skeptikern zu rechtfertigen und nachzuweisen, dass „ihre“ Reformen „konterrevolutionäre Entwicklungen“ wie in der Tschechoslowakei keinesfalls begünstigen würden.

Die ungarischen Reformbefürworter waren in einer intensiven Kampagne bemüht nachzuweisen, dass mit dem „Neuen ökonomischen Mechanismus“ (NÖM) von vornherein und ausschließlich eine Effizienzerhöhung im ökonomischen Bereich angestrebt worden war. Dabei kam ihnen zugute, dass im ungarischen Reformprogramm wirtschaftsdemokratische Institutionen, die den Belegschaften ein deutliches Mitspracherecht in den Betrieben gestattet hätten und die in der Spätphase der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform eine wesentliche Rolle gespielt hatten, nicht verankert worden waren.[22] Die Position der ungarischen Reformer erwies sich immerhin als stark genug, zunächst einmal die Verwirklichung des einmal beschlossenen „Neuen ökonomischen Mechanismus“ nach dem August 1968 ohne Abstriche fortzusetzen. Nach Aussagen des ungarischen Wirtschaftshistorikers Istvan Berend musste Reszö Nyers jedoch auf eine geplante „zweite Stufe“ der Wirtschaftsreform verzichten, mit der weitere Wirtschaftsbereiche wie Banken, Dienstleistungen und der Arbeitsmarkt in die Reform einbezogen werden sollten.

Die Wirtschaftsreform nach dem August 1968 fortzuführen versuchte auch Ulbricht in der DDR. Hier besaßen die Reformgegner und -skeptiker, geführt von Honecker, dem zweiten Mann in der

Parteiführung und designierten Nachfolger Ulbrichts, allerdings deutlich stärkere Positionen als in Ungarn. Ulbricht, konnte sich – anders als Kadar – nicht darauf beschränken, den rein wirtschaftlichen Charakters seines inzwischen vom „neuen ökonomischen System“ zum „ökonomischen Systems des Sozialismus“ (ÖSS) mutierten NÖS-Reformprogramms zu betonen. Er durfte die bis dahin in der Fachpresse geführte offene Diskussionen der Wirtschaftswissenschaftler über das Verhältnis von Plan und Markt seit Mitte 1968 nicht länger dulden. Doch den Reformgegnern reichte dies nicht. Die Entscheidung Ulbrichts gegen Dubceks Reformen erwies sich immer mehr als eine Vorverurteilung der eigenen Reform. In der DDR führte 1970 die Überbeanspruchung des wirtschaftlichen Potentials durch unzureichend koordinierte Reformmaßnahmen zu „Rhythmusstörungen“ in der Wirtschaft, die für die Arbeiter auch zu Einbußen bei Lohn und Prämie sowie gewissen Versorgungsschwierigkeiten mit Konsumgütern führten. Unter Hinweis auf die bei weiterer Fortsetzung des ÖSS zu erwartende Zunahme der Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft konnten die Reformgegner das Gros der Reformskeptiker und teilweise auch bisherige Reformanhänger auf ihre Seite ziehen. Es gelang ihnen im Dezember 1970 im Zentralkomitee und im Januar 1971 im Politbüro die Oberhand zu gewinnen, bis zum Mai 1971 Ulbricht zu entmachten und mit dem Beschlüssen des 8. Parteitages der SED vom Juni 1971 die Rezentralisierung der Wirtschaft und den Verzicht auf wesentliche ökonomische Steuerungsmechanismen festschreiben.

Schon ein Jahr zuvor hatten in der Tschechoslowakei die Wirtschaftsreformen kurz nach der Absetzung Dubceks im April 1969 ein jähres Ende gefunden.[25] Schrittweise kam es zwischen 1968 und 1974 auch in allen anderen osteuropäischen Ländern zu einem Rückbau der Wirtschaftsreformen. Selbst in der jugoslawischen Selbstverwaltungswirtschaft wurde 1974 das Wirken der Marktkräfte zugunsten eines Systems von Sozialverträgen zwischen Betrieben und örtlichen sowie regionalstaatlichen Institutionen eingeschränkt.[26] Allerdings folgte in keinem Land, am wenigsten in Ungarn, ein vollständiger Rückzug auf das Wirtschaftssystem der 1950er Jahre.[27]

Denkanstöße aus den Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre

Aus der Perspektive des Verlaufs der zweiten Reformwelle betrachtet war das erste Halbjahr 1968, die Zeit des Prager Frühlings zugleich Höhepunkt und Scheitelpunkt der Wirtschaftsreformen in Osteuropa.

Man kann aus diesem Geschichtsabschnitt die Schlussfolgerung ziehen, dass Wirtschaftsreformen unter Vermeidung politischer Reformen – auch tiefgehende – nichts bewirken, dass allein das Zusammenspiel von politischen und ökonomischen Reformen erfolgversprechend ist, d. h. dass es demokratischer politischer Strukturen bedarf, um sich wandelnden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch eine geeignete Wirtschaftsführung entsprechen zu können. Dagegen ist – historisch betrachtet und auf Osteuropa gemünzt – erst einmal kaum etwas einzuwenden. Problematisch wird es jedoch, wenn vorausgesetzt wird, dass die tschechoslowakische Reform – ohne Einmischung von außen – im Sinne der Modernisierung und Demokratisierung des Sozialismus funktioniert hätte. Die tschechischen Wirtschaftswissenschaftler Jancik und Kubu vertreten dagegen die Meinung: **„Nichtsdestoweniger wäre die Reform ... höchstwahrscheinlich Ausgangspunkt dramatischer Veränderungen gewesen, ... hätte sie der tschechoslowakischen Gesellschaft als**

ganzer den Weg zu den traditionellen bürgerlichen Werten und zu einer offenen Marktwirtschaft mit allen Spielarten des Unternehmertums einschließlich des privaten gebahnt.“[28]

Auch Christoph Boyer, der sich seit langem mit der tschechoslowakischen (Wirtschafts)geschichte beschäftigt, tendiert zu der Auffassung, dass sich die Reformen des Prager Frühlings zu „systemsprengenden Veränderungen ausgewachsen“ hätten. Selbst Stefan Bollinger, der am pronounciertesten die These von der „letzten Chance“ vertreten hat, sieht „Anzeichen, die bei einem weiteren Vormarsch der Reformen zumindest zu einer komplizierten Situation hätten führen können“.

Die zitierten Wissenschaftler haben ihre Auffassung nicht explizit begründet. Lediglich Bollinger lässt erkennen, dass Dubceks Reformen auch aus dem Westen, wo sich die politische Klasse der Bundesrepublik intensiv um die Ereignisse und Kräfte des Prager Frühlings kümmerte, und nicht nur aus dem Osten bedroht waren. Folgt man der Auffassung dieser Spezialisten, dann könnte die „letzte Chance für den Sozialismus“ durchaus die erste für den Kapitalismus in Osteuropa gewesen sein.

In vielerlei Hinsicht bestätigt wird diese Einschätzung durch unser Wissen über den Verlauf der dritten Reformwelle. Am besten ist dies am Beispiel der Gorbatschowschen Reformen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zu demonstrieren. Nachdem die zunächst auf ein Ende der wirtschaftlichen Stagnation zielenden Reformen (Schlagwort: Uskorenije = Beschleunigung) angesichts von durch den zähen Widerstand der Reformgegner im Politbüro und im technokratischen Apparat verursachten Verzögerungen durch politische Reformen (Schlagworte: Glasnost und Perestroika) ergänzt worden waren, kam es nicht zu dem gewünschten Druck auf die Beschleunigung des ökonomischen Reformprozesses, sondern zu jenen „dramatischen, systemsprengenden Veränderungen“ in der Gesellschaft. Das fruchtbare Zusammenspiel von ökonomischer und politischer Reform, auf das Gorbatschow seit 1987 gesetzt hatte, fand nicht statt. Die Wirtschaftsreformen wurden ein Opfer zunehmender politischer Destabilisierung und ökonomischer Krise. Aus dem sozialistischen Reformprozess wurde mit dem Jahre 1992 der Transformationsprozess in den Kapitalismus. In der Sowjetunion trat demnach Anfang der 1990er Jahre also ein, was nach Auffassung der zitierten Historiker bereits 1968 in der Tschechoslowakei eingetreten wäre oder doch hätten eintreten können.



Im Kontrast zum Ergebnis der Reformversuche in der Sowjetunion stehen die Wirtschaftsreformen, zu denen sich die kubanische Führung 1993, nach drei durch den Zusammenbruch der arbeitsteiligen Beziehungen zur Sowjetunion und Osteuropa bewirkten, wirtschaftlich katastrophalen Jahren entschloss. Fidel Castro und andere hochrangige Repräsentanten des Staates wussten 1993, als auf Kuba der „Sommer der Reformen“ begann, dass in den Jahren zuvor in Osteuropa mehr als ein

Versuch, sich zur Rettung des Sozialismus der Marktwirtschaft zu bedienen, mit der Kapitulation der Verfechter eines „dritten Weges“ und mit dem Übergang zum Neoliberalismus geendet hatte.

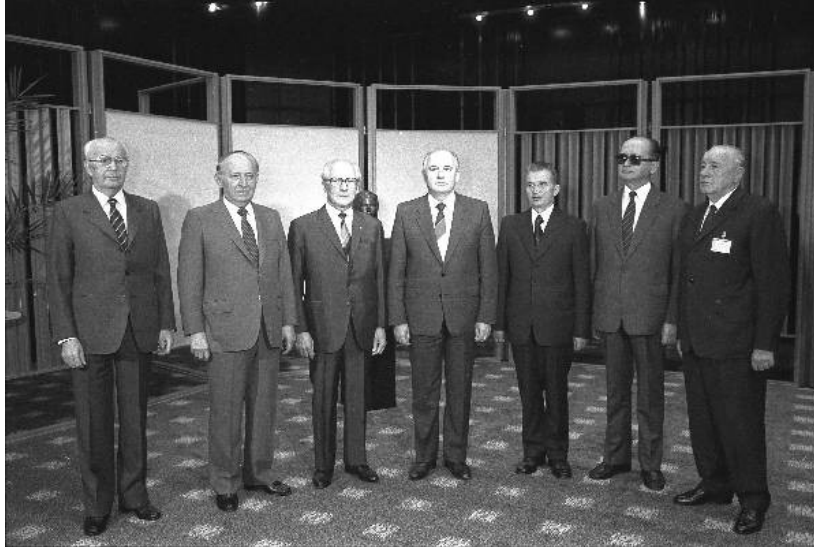
Insbesondere vom sowjetischen Negativbeispiel beeindruckt, unternahm die kubanische Führung alles, um ein Übergreifen der marktwirtschaftlichen Öffnung auf den Bereich der Politik, d.h. eine Pluralisierung und Demokratisierung nach westlichem Muster zu verhindern. Die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen sollten stets den politischen Zielstellungen, die weiterhin auf den Aufbau des Sozialismus ausgerichtet waren, untergeordnet bleiben. Vizepräsident Carlos Lage, Mitglied des Politbüros des ZK der KPK, hat das einmal so ausgedrückt: „Während im Kapitalismus das wirtschaftliche Leben dem Markt untergeordnet ist, dient er in Kuba sozialistischen Zielen.“[35] Das war nicht nur ein guter Vorsatz. Im März 1996 übte Raul Castro, Bruder des Präsidenten, Verteidigungsminister und zweiter Mann im Staate, auf der 5. Sitzung des Zentralkomitees der KPK Kritik an der im Zusammenhang mit den Reformmaßnahmen teilweise zu beobachtenden „ideologischen Aufweichung“. Der bisherige Wirtschaftskurs wurde von ihm nicht in Frage gestellt, allerdings wurden von Raul Castro keine weiteren Schritte in Richtung Marktwirtschaft mehr propagiert und von ihm ausschließlich auf unerwünschte gesellschaftliche Folgen der bisherigen Reformen verwiesen.

Die kubanische Wirtschaftsreform führte ungeachtet des bewussten Verzichts der kubanischen Führung auf die Kopplung politischer und ökonomischer Reformen die Antillenrepublik aus der Krise heraus. Ende 1999 stellten kubanische Wirtschaftsexperten fest: „Die Wiederbelebung der Wirtschaft ist unumkehrbar.“ Seitdem wächst die kubanische Wirtschaft kontinuierlich, wenn sie auch weiterhin gravierende Strukturprobleme aufweist. Der Westen bedauerte die nur graduelle Wirtschaftsliberalisierung bzw. die „halbe“ Transformation.

Wenn, wie sich herausgestellt hat, das Zusammenspiel von wirtschaftlichen und politischen Reformen in realsozialistischen Ländern offensichtlich schwierig zu beherrschen war, dann gewinnt der Blick zurück auf Ungarn 1968 besondere Bedeutung. Kadar hatte alles unternommen, um die Wirtschaftsreform nicht zu einer Gesellschaftsreform hinüberwachsen zu lassen und so zu sichern, dass die Reform der politischen Führung nicht aus der Hand glitt. In Ungarn gelang es den auch dort in der Parteiführung vorhandenen Reformgegnern nicht, aus der Unterstützung, die Kadar fast bis zum Einmarsch gegenüber Dubcek gezeigt hatte, ihm und der ungarischen Wirtschaftsreform ein Grab zu schaufeln. Sie wurde bis 1974 programmgemäß fortgeführt. Die Entlassung des „Vaters der ungarischen Wirtschaftsreform“ Reszö Nyers im jenem Jahr und die Schaffung „privilegierter“, d.h. nicht mehr dem Markt ausgesetzter Betriebe bedeutete in Ungarn nicht das Ende der Wirtschaftsreform. Bereits 1979 konnten nicht nur die 1973/74 vorgenommenen Einschränkungen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ zurückgenommen, sondern durch Legalisierung von „Privatinitiativen“ überkompensiert werden.

Die „sozialistische Marktwirtschaft“ Ungarns brachte, gemessen an der Intensivierungskennziffer Arbeitsproduktivität in der Industrie, in den 70er und 80er Jahre gute bis befriedigende Ergebnisse, in den 80er Jahren allerdings bei zunehmender Verschuldung gegenüber westlichen Banken. Die Hoffnungen der Reformer auf die Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz hatten sich nur teilweise erfüllt. Das ungarische Reformmodell verlor in der zweiten Hälfte der 80er Jahre seine Anziehungskraft. Mit Kadars Ausscheiden aus seinen Parteiämtern war auch der zweieinhalb Jahrzehnte gültige Konsens, die Wirtschaftsreformen nicht mit politischen Reformen zu mischen, am Ende. Ab Mai 1988 kam es in Ungarn zu „einer komplexen politischen und radikalen ökonomischen

Reform, der Einführung der parlamentarischen Demokratie, des Mehrparteiensystems, der Abschaffung des Parteienstaates.“ Diese Maßnahmen führten in der Ökonomie in einem – wie der ungarisch-amerikanische Wirtschaftshistoriker Istvan T. Berend es nennt –, sich selbst verstärkenden Prozess“ zu „unbeschränkter Marktwirtschaft“[40] und damit von der Reformierung der sozialistischen Wirtschaft zu ihrer Transformation in eine kapitalistische Marktwirtschaft.



v.l.n.r.: Gustav Husak (CSSR), Todor Shiwkow (VRB), Erich Honecker (DDR), Michail Gorbatschow (UdSSR), Nicolae Ceausescu (SRR), Wojciech Jaruzelski (VRP) und Janos Kadar (UVR).

Schluss

Versucht man aus dem hier dargebotenen Ausschnitt aus zur Reformgeschichte der realsozialistischen Staaten gültige Schlüsse zu ziehen, dann sind die Versuche der Tschechoslowakei, der DDR und Ungarns in den 1960er Jahren, sich den Herausforderungen der Produktivkraftentwicklung zu stellen, durchaus nicht daran gescheitert, dass sich der Sozialismus prinzipiell als reformunfähig erwiesen hätte. Es konnten in einem der drei Länder langfristig Erfolge verbucht werden, als die Wirtschaftsreformen hinsichtlich der Ausnutzung der Marktkräfte einseitig vorangetrieben wurden, d.h. ein Zusammentreffen der wirtschaftlichen mit politischen Reformen vermieden wurde (Ungarn 1966-1987). Allerdings hat auch die ungarische Wirtschaftsreform das ihnen von seinen Schöpfern gestellte Ziel, einen Rahmen für die Entwicklung der modernen Produktivkräfte auf der Basis intensiven Wachstums zu schaffen, nicht erreicht, jedenfalls nicht angesichts der Weltmarkturbulenzen, denen sich das Land seit 1974 ausgesetzt sah.

Die Wirtschaftsreformen in den anderen beiden osteuropäischen Ländern scheiterten,

- weil die politische und Wirtschaftselite hinsichtlich der Notwendigkeit, grundlegender Veränderungen in der Wirtschaftsführung zerstritten war (DDR) bzw.

- weil das Zusammenspiel von ökonomischen und politischen Reformen durch die Partei- und Staatsführung unzureichend beherrscht wurde (Tschechoslowakei 1968, Ungarn 1988, Sowjetunion 1987-1991).

Die Rekonstruktion der Geschichte der Reformen gibt keine eindeutige Antwort darauf, ob es angebracht ist, ein Zusammentreffen von wirtschaftlichen und politischen Reformen besser zu vermeiden oder deren notwendiges Zusammenspiel als Schlüssel zum Erfolg zu betrachten. Wohl aber unterstreicht sie, dass es sich um den wohl sensibelsten Teilbereich des Reformkomplexes handelt, dessen Beherrschung auch bei der Entwicklung von Vorstellungen über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts (einschließlich seiner Durchsetzung!) höchste Aufmerksamkeit verdient.



<http://www.google.de/imgres?um=1&client=firefox-a&sa=N&rls=org.mozilla:de:official&biw=1280&bih=603&hl=de&tbm=isch&bnid=TIpqO4rzSrrn-M:&imgrefurl=http://www.nigel.de/grenzlos/sik.htm&docid=3UkhqFqqVzXwfM&itg=1&imgurl=http://www.nigel.de/grenzlos/ota.jpg&w=100&h=230&ei=HEH9UbndAoadO8ywgAB&zoom=1&iact=rc&dur=651&page=1&tbnh=148&tbnw=64&start=0&ndsp=31&ved=1t:429,r:30,s:0,i:178&tx=25&ty=90>

ROZHOVOR S OTOU ŠÍKEM NAD STRÁNKAMI JEHO ŽIVOTOPISU

Když v prosinci loňského roku přiletěl ze Švýcarska do Prahy vůdčí protagonisté ekonomické reformy šedesátých let Ota Šík, jedna z jeho přechůdků navštívil patřila nakladatelství Mladá fronta, kterému nabídl svou knihu vzpomínek jarní probuzení — iluze a skutečnosti. Včera se opět zastavil v nakladatelství — pro autorské výtisky svého životopisu, jehož sazba převzala Mladá fronta z původního švýcarského vydání.

„Tak mi v Praze po čtyřicetileté době opět vychází knížka“, pokýval profesorem Šík hlavou. „Vlastně již v listopadu jsem se rozhodl, že ji nabídnu Mladé frontě. Inspirovala mě k tomu rychlost, s jakou se se mnou spojili již v prvních dnech revoluce redaktoři vašeho deníku. Mladá fronta tak jako první z oficiálních tisků se mnou uveřejnila rozhovor. Chci jsem svými vzpomínkami co nejrychleji oslovit zejména mladší generace Československa. Ale ani mnohý z těch starších si dnes neuvědomuje, že právě reformní ekonomové v době Pražského jara měli mnohem radikálnější představy o hospodářských a společenských změnách, než jaké razil třeba Dubček a další lidé ve stranickém politbyru. Již tehdy bylo naším cílem zavedení tržního hospodářství, úplná liberalizace cen, zahraničního obchodu, rozbití podnikových monopolů, směřování ke koruně. Cestu ke konveržitelnosti naší měny jsem tehdy odhadoval na pět až sedm let.“

■ Dnes vám však zejména někteří mladí odborníci vyčítají, že jste razil jakousi chimérickou třetí cestu, neživotaschopný hybrid plánovaného a tržního hospodářství.

„Podívejte, my jsme tenkrát nemohli všechny své záměry předejít naplno. Právě ve svých vzpomínkách popisují naše zkušenosti boje s Antonií Novotným o reformu. Ale i pro mnohé reformní komunisty bylo jenom pomýšlení na rozvoj soukromého vlastnictví nebo společných podniků s kapitalistickými firmami smrtelným hříchem. Tedy i ta třetí cesta, byl jakýsi zastírací manévr, již tehdy jsem byl přesvědčen, že jediným řešením je pro nás plnokrevný trh kapitalistického typu. A dnes, po dvaceti letech života na Západě a tam ani v nejpřísnější nepohodě.“

■ Přesto o vás nedávno jeden z účastníků polemiky v Hospodářských novinách napsal, že stále žijete v zajetí svých ideologických omylů z šedesátých let.

„Víte, na Západě jsem se naučil ještě jednomu: věcná a seriózní vědecká polemika. Jenže v debatě kolem současného reformního programu vlády se u některých jeho obhájců objevují tendence označit každého oponenta za pomýleného člověka, který nás svádí z cesty ke ky-zenému trhu. Po roce 1968 jsem byl socialistickými normalizátory prohlášen za škůdce, jenž chtěl socialistickou společnost strhnout do lůna zrádného kapitalismu. Dnes mě někteří reformníci prohlásili div ne za obhájce socialismu. Není to poněkud tragikomické?“

Zasínal se svým poledním obědem a rychle se rozloučil. Otevřel jsem jeho knihu, která se na politickém úbočí již koncernu sípna. Ze rozhodné bychom neměli ignorovat názory a životní zkušenosti lidí, kteří prošli nelehkou cestou prožití.

JIRÍ LESCHTINA

O CESTĚ PROZŘENÍ

Opatrně v deltě

Praha (CTK). — K výskytu cholery v Rumunsku upřesňuje dr. Bedřich Taláb, tiskový mluvčí ministerstva zdravotnictví ČS, na základě zprávy Světové zdravotnické organizace situaci.

První případ cholery byl potvrzen u šlechetky z Tulce. Celkem bylo aktivně vyhledáno v okrese Tulcea 13 případů a v okrese Galati dva případy onemocnění cholera. Oba okresy, které navštívili především sovětští a turečtí turisté, se nalézají v deltě Dunaje. Podle sdělení ministerstva zdravotnictví Rumunska jsou v uvedených okresech prováděna protiepidemická opatření a vyhledávány další případy onemocnění cholera. Je prováděna dezinfekce v domácnostech a chemoprophylaxe. V celé oblasti je striktně doporučeno používat pouze z pověřenou vodu.

Pokud se do týdne od navedení z Rumunska vyskytnou případy průjmového onemocnění, je třeba neprodleně vyhledat lékaře.

CTVREK 2. VIII. 90



„Vždycky jsem byl přesvědčen, že jediným řešením je pro nás plnokrevný trh kapitalistického typu,“ prohlásil včera profesor Ota Šík v nakladatelství Mladá fronta, kde převzal autorské výtisky svého životopisu. Rozhovor, který nám poté poskytl, přinášíme na str. 2.

FOTO: P. VYSTŘIL

Der Dritte Weg und seine Desillusionierung

Ota Šik, der führende tschechische Wirtschaftsreformer von 1968, rückblickend über Taktik und tatsächliche Ziele im "Prager Frühling"

Vollständige Wiedergabe eines Kurzinterviews mit Ota Šik, abgedruckt in der tschechischen Tageszeitung "Mladá Fronta", Praha, Jgg. 46, Nr. 178, 2. August 1990, S. 1-2, mit einem s/w-Foto. Faksimilé des Originalartikels.

Übersetzung aus dem Tschechischen: © Bianca Lipanska, 2007

„Ich war immer davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblütiger Markt des kapitalistischen Typs ist“, teilte gestern Professor Ota Šik im Verlagshaus Mladá Fronta mit. Dort wurden ihm die Autorenexemplare seiner Biographie überreicht. Das Interview, welches er uns danach ermöglichte, finden Sie auf Seite 2.

Über den Weg der Erkenntnis.

Ein Gespräch mit Ota Šik über sein Leben anlässlich der Veröffentlichung seiner Biografie

Als im Dezember letzten Jahres der Protagonist der wirtschaftlichen Reformen der sechziger Jahren Ota Šik aus der Schweiz geflogen kam, widmete er einen seiner ersten Besuche dem Verlagshaus Mladá Fronta, welchem er sein Buch mit seinen Erinnerungen "Jarní probuzení – Iluze a skutečnost" (Frühlings Erwachen – Illusionen und Realität) anbot. Gestern kam er wieder im Verlagshaus vorbei – um sich die Autorenausgaben seiner Biografie abzuholen, deren Satzung Mladá Fronta von der ursprünglichen, Schweizer Ausgabe übernommen hatte.

„Nach vierundzwanzig Jahren erscheint in Prag wieder ein Buch von mir,“ seufzte Professor Šik. "Eigentlich habe ich mich schon im November entschieden, es der Mladá Fronta anzubieten. Inspiriert wurde ich durch die Schnelligkeit, in der sich die Redakteure ihrer Tageszeitung schon in den ersten Tagen der Revolution mit mir in Kontakt setzten. Mladá Fronta war somit die einzige offizielle Tageszeitung, die ein Interview mit mir veröffentlichte. Mit meinen Erinnerungen wollte ich vor allem und so schnell wie möglich die jüngere Generation der Tschechoslowaken ansprechen. Aber auch vielen Älteren wird heute gar nicht bewusst, dass gerade die Reformökonomen in der Zeit des Prager Frühlings viel radikalere Vorstellungen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen hatten, als Dubček und andere Mitglieder des Politbüros. Schon damals waren die Einführung einer Marktwirtschaft, die vollkommene Liberalisierung der Preise, des Auslandhandels, die Zerstörung des Monopols von Unternehmen unsere Ziele. Den Weg zur Konvertibilität unserer Währung habe ich damals auf fünf bis sieben Jahre geschätzt."

Heute wird Ihnen allerdings vor allem von jungen Experten vorgeworfen, dass Sie einen dritten Weg einschlugen, ein zum Leben untaugliches Hybrid der geplanten Marktwirtschaft.

„Sehen Sie, wir konnten damals nicht alle unsere Ziele voll präsentieren. Gerade in meinen Erinnerungen beschreibe ich unsere Kämpfe mit Antonín Novotný über die Reformen, die hinter der Bühne vonstatten gingen. Aber auch für viele Reformkommunisten war nur der Gedanke an eine Erweiterung des Privateigentums oder an gemeinsame Unternehmen mit kapitalistischen Firmen eine Todsünde. Also war auch der dritte Weg ein verschleiernendes Manöver. Schon damals war ich davon überzeugt, dass die einzige Lösung für uns ein vollblutiger Markt kapitalistischer Art ist. Und heute, nachdem ich zwanzig Jahre im Westen gelebt habe, zweifle ich nicht im Geringsten daran.

Trotz allem hat kürzlich einer der Teilnehmer der Polemik in der Zeitung Hospodářské Noviny über Sie geschrieben, dass sie immer noch im Kerker ihrer ideologischen Irrtümer aus den sechziger Jahren leben.

„Wissen Sie, im Westen habe ich noch etwas gelernt: eine sachliche und seriöse wissenschaftliche Polemik. Nur in der Diskussion über die gegenwärtigen Reformprogramme der Regierung zeigen sich bei einigen dieser Verteidiger Tendenzen, dass man jeden Gegner als irreführenden Menschen bezeichnen sollte, der uns von dem Weg zum erhofften Markt wegführt. Nach 1968 wurde ich von den sozialistischen Normalisatoren zum Schädling erklärt, der die sozialistische Gesellschaft in den Schoß des verräterischen Kapitalismus ziehen wollte. Heute bezeichnen mich einige Reformatoren, man wundere sich nicht, als Verteidiger des Sozialismus. Ist das nicht ein wenig tragikomisch?“

Er lachte über seine Mittagsthesen und verabschiedete sich schnell. Ich schlug sein Buch auf, das schon Ende August in den Buchhandlungen zu finden sein wird. Nein, auf keinen Fall sollten wir die Meinungen und Lebenserfahrung der Menschen ignorieren, die den schwierigen Weg der Erkenntnis durchgemacht haben.

(Autor des Artikels/ Interviewer:) Jiří Leschtina

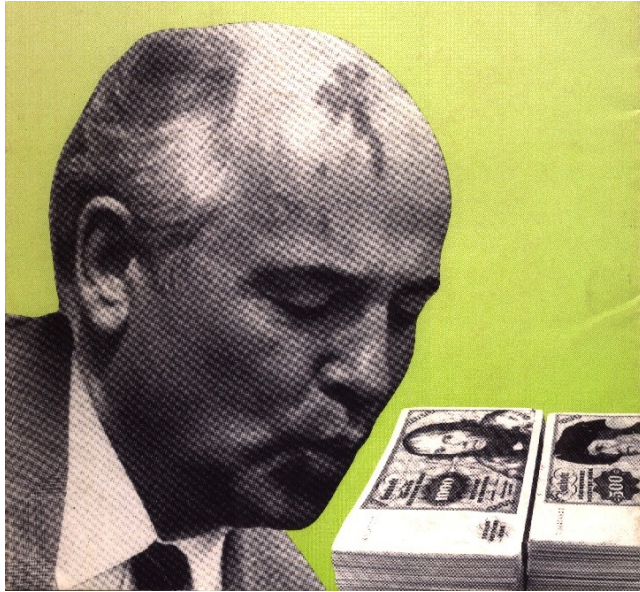


<http://www.red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/gorbatschow.htm>

Gorbatschow Interview mit der Zeitschrift Spiegel

Ja, ich weiss, dass Spiegel keine gute Zeitschrift ist. Daher ist umso interessanter, wenn in einem solchen Schandblatt gelegentlich die Wahrheit proklamiert wird. Wer hätte das schon gedacht? Es geschieht selten, doch ab und an geschieht es doch. Viel geht bereits aus diesem kleinen Ausschnitt hervor (Hervorhebungen von mir):

„Und Gorbatschow musste das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. Man hätte mich für verrückt erklärt, das Volk wäre zerrissen worden, es hätte zum Bürgerkrieg kommen können. Man musste Geduld zeigen, bis die Parteibükratie so entmachtet war, dass sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte. Am Ende hatte die Partei zum Fahren nicht mehr genug Dampf, ihre Kraft reichte gerade noch, ein letztes Mal die Hupe zu betätigen.“



Solche Aussagen warf Gorbatschow 1993 aus. Es war auch wieder Zeit verstrichen, sein Kopf war in Sicherheit; jetzt konnte er auspacken. Diese Aussage zeigt, welch Menschen Kind Herr Gorbatschow in Tat und Wahrheit ist und bereits 1986 war. Selbst bezeichnet er sich als einen „Sozialdemokraten“. Das alleine sollte ausreichend sein, um ihm die Sabotierung des SU-Systems vorzuwerfen. Wie soll ein Sozialdemokrat die wichtigsten Aufgaben im Sozialismus anpacken? Und vor allem: Will ein Sozialdemokrat den Sozialismus aufrechterhalten oder „reformieren“? Natürlich konnte er seinen konterrevolutionären Ideen zu diesem Zeitpunkt noch keinen verbalen noch schriftlichen Ausdruck verleihen. Er wäre vom Volk verrissen worden, das sagte er selbst und das sagt alles aus. Das Volk stand hinter dem Sozialismus, das wusste Gorbatschow und trotzdem sabotierte er ihn. Noch mehr geht aus dem gesamten Interview hervor:

SPIEGEL-Interview mit Michail

Gorbatschow (1993) BWS1

SPIEGEL: Michail Sergejewitsch, [...] Sie waren als Generalsekretär der KPdSU 1985 einer der mächtigsten Männer der Welt. Sie haben einen großen Prozess der friedlichen Transformation eingeleitet, der abgebrochen ist; es kam zu Blutvergießen. Warum ließ sich die kontrollierte Entwicklung nicht mehr fortsetzen?

GORBATSCHOW: Ein großer Bewusstseinswandel hatte stattgefunden. Bei dem Versuch, das neue Denken in die Praxis umzusetzen, kam die Revolution von oben zum Stillstand. Jetzt ging es darum, das ganze Volk einzubeziehen, damit die Nomenklatura den Reformprozess nicht abwürgen konnte.

SPIEGEL: Das System begann sich zu wehren.

GORBATSCHOW: Die Parteibürokratie, die Ministerien, all diese Lehnsfürsten leisteten Widerstand. Auch die Industrieherrn, die Direktoren, fürchteten um ihre Macht. Es war wie der Sturm in der Taiga: In den Wipfeln rauschte es, am Boden aber blieb es still. So war es schon hundert Kilometer hinter Moskau.

SPIEGEL: Den einen ging es zu langsam, den anderen war alles zu radikal.

GORBATSCHOW: Und Gorbatschow musste das Schiff der Perestroika durch die Klippen steuern. Dabei konnte man noch nicht Dinge ankündigen, für die das Volk noch nicht reif war. Man hätte mich für verrückt erklärt, das Volk wäre zerrissen worden, es hätte zum Bürgerkrieg kommen können. Man musste Geduld zeigen, bis die Parteibürokratie so entmachtet war, dass sie das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen konnte. Am Ende hatte die Partei zum Fahren nicht mehr genug Dampf, ihre Kraft reichte gerade noch, ein letztes Mal die Hupe zu betätigen.

SPIEGEL: Demnach war die Macht der Nomenklatur gebrochen.

GORBATSCHOW: Und da ist mir die russische Führung in den Rücken gefallen. Das russische Parlament berief sich darauf, dass seine Gesetze über den Gesetzen der Union stünden. Ich habe Jelzin entgegengehalten, die Union kann nicht ohne Russland existieren, Russland aber auch nicht ohne die Zusammenarbeit mit anderen Republiken, sonst droht Russland der gleiche Leidensweg, wie ihn die Union gehen musste. Genau das, was ich damals, im Dezember 1991, vorausgesagt habe, ist eingetreten. Diese Entwicklung war also kein Zufall und auch keine historische Notwendigkeit.

SPIEGEL: Die Union ist tot...

GORBATSCHOW: ... aber das Land lebt noch. Krank, verwundet, gelähmt - aber es ist noch am Leben. Das, was an alten Unionsbeziehungen noch vorhanden ist, bewahrt uns vor der Katastrophe. Die Ukraine, Kasachstan, Litauen - sie stecken alle in einer tiefen Krise.

SPIEGEL: In Litauen haben aber gerade eben Kommunisten eine freie Wahl gewonnen. Was wünschen Sie sich mehr?

GORBATSCHOW: Wer da gewonnen hat, das sind nicht mehr die alten Kommunisten. Sie nennen sich auch nicht mehr so. Ehemalige Kommunisten sind wir alle, auch Jelzin [...].

SPIEGEL: Michail Sergejewitsch, Sie sind kein Kommunist mehr?

GORBATSCHOW: Wenn Sie meine Aussagen nehmen, dann wird Ihnen klar, dass meine politischen Sympathien der Sozialdemokratie gehören und der Idee von einem Sozialstaat nach der Art der Bundesrepublik Deutschland.

SPIEGEL: Wie bitte?

GORBATSCHOW: Ich möchte Ihr Land nicht idealisieren, aber ich bin für einen Staat, der für soziale Sicherheit sorgt, einen Rechtsstaat mit einem funktionierenden Parlamentarismus, der eine Föderation von weitgehend selbstständigen Bundesländern mit einem kräftigen Zentrum darstellt. [...] Und ich habe Hochachtung für das starke demokratische Bewusstsein der Bevölkerung, die sich den Neonazis widersetzt. Bei grundsätzlichem Bekenntnis zum Liberalismus greift der deutsche Staat aktiv in das soziale Leben und in die Volkswirtschaft ein, ich halte das für richtig.

SPIEGEL: [...] Was betrachten Sie als Ihr größtes Versäumnis, solange Sie noch an der Macht waren?

GORBATSCHOW: Wir kamen zu spät mit der Parteireform. Wir haben die Schwierigkeiten des Reformprozesses in der multinationalen Föderation unterschätzt - diese Dinge haben uns die Separatisten aus der Hand genommen. Auch in der Wirtschaftspolitik hätte man damit anfangen müssen, Landwirtschaft, Lebensmittel- und Leichtindustrie zu reformieren.

Gorbatschow sagte: „Die Parteibürokratie, die Ministerien, all diese Lehnsfürsten leisteten Widerstand. Auch die Industriherren, die Direktoren, fürchteten um ihre Macht.“ Ich frage: Was hat diesen Menschen die Macht gegeben? Was hat die Industriherren erst geschaffen? – Reformen der Anpassung an den Kapitalismus, die Perestroika! Wer hat die Perestroika durchgerungen? – Gorbatschow persönlich! Doch er, Gorbatschow sieht sich natürlich noch immer in der Position eines Helden, eines Revolutionärs. Der Konterrevolutionär übersieht dabei, dass ihn das russische Volk bis

aufs Blut hasst, ihm 1993 bei den Wahlen zum Präsidenten Russlands lediglich einen Wahlprozentanteil von etwa 1.5% zugesprochen hat. Ebenfalls erschreckend finde ich die banale Tatsache, dass Gorbatschow, der ehemalige Staats- und Parteichef Russlands kein Kommunist war. Er war nicht einmal ein unfähiger Kommunist, der es nicht geschafft hatte, die Union der Sozialistischen Sowjetstaaten über Wasser zu halten. Nein! Es war gar nie in seinem Interesse die UdSSR zu verbessern. Man weiss seit der Entstehung der Sowjetunion, wer der Feind nebst Faschisten, Imperialisten und Monarchisten waren: Die Sozialdemokraten – die ewigen Bremsklötze, Bürokraten, Weltverbesserer, die keinen Sozialismus, sondern nur einen schönen Kapitalismus wünschen, der immer wieder zu Krisen führt und unbedingt zu Krisen führen muss, die sie dann wieder ausbügeln und auf die nächste warten, die wiederum bestimmt kommen muss! Die Leidtragenden sind wie immer, bei solchen Spielchen das Volk, die Profiteure wie immer die Kapitalisten, in diesem Falle konkret die Sozialdemokraten. Das ist das Wesen der Sozialdemokratie. Ein solcher war scheinbar Staats- und Parteichef der Sowjetunion! Es ist also ausgeschlossen, dass Gorbatschow das System retten wollte. Wieso sollte das ein Sozialdemokrat auch tun? Klüger ist es, wenn man sich hinaufarbeitet und oben angekommen damit anfängt das System zu sabotieren, anfangs mit kleinen Reformen und mit der Zeit mit immer schwerwiegenden. Bis zu dem Punkt, wo der sozialistische Staat wirklich nicht mehr existieren kann, weil er eben keiner mehr ist, die Kommunistische Partei so entkräftet und entmachtet ist, dass sie ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen kann! Was bleibt ist ein durch Chruschtschow, Breschnew und Gorbatschow hervorgerufenes nicht zuzuordnendes Durcheinander, was in einer Konterrevolution geendet hat.

Der folgende Text lässt einen Kommunisten- Kopf beinahe, ohne schwer zu übertreiben, platzen.

Rede Gorbatschows vor der Amerikanischen

Universität von Ankara (1999) BWS2

Man streitet sich um die Echtheit dieser Aussagen, wenn sie auch wahrscheinlich ist. Gorbatschow soll folgende Aussagen geäußert haben:

„Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus, der eine unerträgliche Diktatur über das Volk ist. In dieser Haltung hat mich meine Ehefrau unterstützt und bestärkt, die diese Meinung schon früher als ich hatte. Am meisten konnte ich dafür in den höchsten Funktionen tun. Deswegen empfahl meine Frau Raissa mir, mich um immer höhere Funktionen zu bemühen. Als ich den Westen persönlich kennen gelernt hatte, war meine Entscheidung unumkehrbar...“

Am meisten konnte er den Kommunismus in den höchsten Positionen zerschlagen. Damit meinte er, dass er so das System am besten verkaufen/verraten konnte. Lässt sich bei einer solchen Aussage auf einen Gorbatschow mit Streben nach einer Verbesserung im sowjetischen System schliessen – die Antwort ist hart aber klar: Nein, Gorbatschow strebte die Auflösung der UdSSR an, ein Ende der unerträglichen Diktatur über das Volk, wie er selbst meinte! Wie furchtbar diese Diktatur war, sehen wir, wenn wir sie mit den heutigen Zuständen in den ehem. Sowjetrepubliken vergleichen.



Walter Ulbricht vor Ort im Mansfelder Kupferbergbau, Februar 1955



Trank auch öfter einen mit Arbeiterkumpels ...

MIT WALTER ULBRICHT KÄMPFT SICH 'S GUT Lyrics

Volkslieder (DDR)

MIT WALTER ULBRICHT KÄMPFT SICH 'S GUT Songtext:

Karl Marx hat uns die Welt erklärt und Lenin die Partei,
Sie haben auch das Volk gelehrt, wo seine Stärke liegt:
Zusammenstehen und vorwärts gehen, mag auch der Sturmwind toben,
Wir selbst sind Sturm und Frühlingswind, die machtvoll sich erhoben.

Die Klasse gibt uns Kraft und Mut,
Und die Richtung die Partei.
Mit Walter Ulbricht kämpft sich's gut,
Voran die Straße frei.

Die Welt verändert ihr Gesicht, der Mensch erhebt das Haupt,
Der Arbeitssklave drängt zum Licht, das ihm der Herr geraubt,
Doch keinem wird ein Recht geschenkt, das nicht im Kampf errungen.
Denkt an das Banner blutgetränkt, folgt ihm nach ihr Jungen.

Die Klasse gibt uns Kraft und Mut,
Und die Richtung die Partei.
Mit Walter Ulbricht kämpft sich's gut,

voran die Straße frei.

Karl Liebknecht, Thälmann, Wilhelm Pieck sind uns voran geschritten,
Sie haben für des Volkes Sieg gelitten und gestritten.
Und gibt es noch der Feinde Schar, sie werden ihr beweisen,
Das Jahr 2000 wird das Jahr des Kommunismus heißen.

Die Klasse gibt uns Kraft und Mut,
Und die Richtung die Partei.
Mit Walter Ulbricht kämpft sich's gut,
Voran die Straße frei.